

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Angetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3. Spalte. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postbezeichnung: Nr. 558 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Nach der Haager Konferenz.

Die Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Youngplanes ist eine Angelegenheit, die gerade die Arbeiterklasse interessiert. Die Belastung des deutschen Volkes beträgt 37 Jahre hindurch im Durchschnitt 2050 Millionen je Jahr. In den ersten zehn Jahren findet eine Verminderung auf durchschnittlich 1750 Millionen Mark statt. Später steigt die Jahresleistung über den Durchschnitt hinaus. Die Jahresleistung muß von der Reichsbahn und von der Reichskasse aufgebracht werden. Die Reichsbahn zahlt 37 Jahre hindurch je Jahr 660 Millionen Mark. Der Rest muß von der Reichskasse geleistet werden. Die Sachlieferungen bleiben noch zehn Jahre in Gültigkeit, um dann endgültig fortzufallen. Nach der endgültigen Ratifizierung der Haager Abmachungen, die Ausgangs Februar erfolgen soll, werden alle Kontrollen aufgehoben, die gemäß des Dawesplanes über Deutschland verhängt wurden. Am 30. Juni 1930 verläßt der letzte Soldat der Besatzungsarmee deutschen Boden. Zu regeln bleibt noch die Saarfrage, deren Abschluß ebenfalls in Bälde erfolgen wird.

Die deutsch-französische Reparationsanleihe.

Als eines der Ergebnisse der Haager Verhandlungen ist eine Reparationsanleihe in Höhe von 1200 Millionen Mark zu erwähnen. Der Erlös dieser Anleihe fließt zu zwei Dritteln Frankreich und zu einem Drittel Deutschland zu. Der deutsche Anteil in Höhe von 400 Millionen Mark soll der Reichsbahn und der Reichspost zugutekommen. Sowohl die Reichsbahn als auch die Reichspost haben dringende Neuanlagen bzw. Betriebsverbesserungen zurückstellen müssen. Das Deutsche Reich hat sich verpflichten müssen, solange keine Auslandsanleihen abzuschließen, bis die Anleihe durchgeführt ist. Das bedeutet für das Reich eine vorläufige Auslandsanleiheunterbrechung unter Umständen bis April 1931. Die Anleiheaktion wird von dem amerikanischen Bankhaus Morgan durchgeführt. Jedoch soll die Anleihe nicht nur in Amerika, sondern auch in anderen Ländern aufgelegt werden. Wahrscheinlich wird Frankreich einen erheblichen Teil derselben übernehmen. Durch die Verkoppelung der deutschen und französischen Interessen ist ein engeres Verhältnis, eine stärkere Verflechtung zwischen den Wirtschaften der beiden Länder hergestellt worden.

Der Kampf um die Lastenverteilung

wird nunmehr erst beginnen. In den Parlamenten und außerhalb derselben werden sich die Kräfte jetzt zu messen versuchen. Es geht um Steuererlasse und soziale Interessen, um die Fortführung der Sozialpolitik, um den sozialen Lebensstandard, kurzum um den Anteil der einzelnen Faktoren am Sozialprodukt. Dieser wird allerdings, dessen müssen wir uns klar sein, um den Betrag der Reparationsleistungen gekürzt. Aber um den Rest muß zwischen den beiden Heerlagern, Kapital und Arbeit, gekämpft werden. Die Unternehmer haben dies öfter deutlich zu erkennen gegeben, daß nach Regelung der Reparationsfrage auf Jahre hinaus keine Erhöhung der Reallohne eintreten kann. Sie haben weiter erklärt, daß die Sozialpolitik nicht nur nicht weiter verbessert, sondern abgebaut werden soll. Hier scheiden sich die Geister. Hier werden sich die Fronten in scharfer Abwehrstellung gegenüberstehen.

Schwankende Regierungsstellung — feste Gewerkschaftsfront.

Die Kräfte innerhalb der Koalitionsparteien sind keineswegs ausgeglichen. Wegen der Steuererlasse, der Sozialerlasse und anderer wichtiger Fragen der Lastenverteilung wird es innerhalb der Regierungsparteien zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. Das Regierungsschiff wird also durch hohe Wellen hindurchgesteuert werden müssen. Welchen Kurs es endgültig nimmt, steht in keiner Weise fest. Dagegen steht die Front der Gewerkschaften unerschütterlich da. Der heftige Angriff der Reaktionen auf die Gewerkschaften zeigt mit großer Eindringlichkeit, daß das Machtzentrum der Arbeiterklasse sich in den Gewerkschaften befindet. Keineswegs kann die deutsche Arbeiterklasse darenin willigen, mit Abschluß der Reparationsverhandlungen auf jede Besserung der sozialen Lebensverhältnisse zu verzichten. U. E. besitzt die deutsche Wirtschaft Lebenskraft genug, um neben den Reparationslasten den sozialen Aufstieg der unteren Schichten zu gewährleisten. An eine Verschlechterung der Sozialerlasse ist gar nicht zu denken. Das Ergebnis der Kämpfe wird viel davon abhängen, daß die Arbeiterschaft sich nicht unter die Führung von Radaubrüdern und Psychopathen begibt.

Schmutziger Wettbewerb.

Rußland hat 61,10 Prozent Analphabeten, Deutschland nur 0,01 Prozent. Aus diesem Lande des Analphabetentums hat die kommunistische Partei Deutschlands den Auftrag erhalten, unter allen Umständen und bei jeder Gelegenheit Massenstreiks herbeizuführen, eine „Revolution zu machen“, um zum deutschen Sowjetstaat zu kommen. Dann gute Nacht Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit. Dann gibt

es massenhaft Arbeit für — — — Henker und Scharfrichter, und mancher Spießbube ist schon insgeheim Anwärter auf einen solchen Posten. Um zur Revolution zu gelangen, gelten natürlich immer noch die erhabenen Grundsätze des Meisters: „Mit List und Schlaubeit, Verschweigen der Wahrheit ...“ und so weiter.

Und so wetteifern sie, die kleinen Strategen. Was selbst „Die Rote Fahne“ zu sagen sich schämt, das müssen die kleinen Anwärter auf den nächsten Verräterposten aussprechen, bzw. schreiben. Zu den ekelhaftesten Kloakenerzeugnissen kommunistischer Journalistik gehören die „Betriebszeitungen“. Was da an gemeiner, schmutziger Gesinnung abgelagert wird, ist so, daß man sich wundern, wie es Menschen geben kann, die dafür verantwortlich zeichnen. Da ist z. B. „Der Berliner Fabrikarbeiter“, der so ziemlich auf der niedrigsten Stufe aller Betriebszeitungen stehen dürfte. „Verantwortlicher“ ist ein Herr Erich Steffen. Unter seiner Verantwortlichkeit

In

die Betriebsräte darfst du nur Kollegen wählen, die für die schwierigen Aufgaben der Betriebsräte auch die notwendige Erfahrung und, was noch mehr wiegt, auch den Willen haben, tatkräftig und ernsthaft

die

Interessen ihrer Kollegen zu vertreten. Kein Betriebsratsmitglied kann seine Tätigkeit erfolgreich und wirklich zum Nutzen der Arbeiterschaft ausüben, ohne in ständiger und enger Verbindung mit den Gewerkschaften zu stehen. Daher dürfen in die

Betriebsräte

nur Kollegen gewählt werden, die auch gute Gewerkschafter sind. Leute, die nur gezwungenermaßen Verbandsmitglieder sind oder es nur wurden, um nach Moskau Anweisung zersetzend und zersetzend in den freien Gewerkschaften zu wirken und dadurch die Arbeiterschaft

nur

schädigen, kannst du ebensowenig in die Betriebsräte wählen wie gänzlich Unorganisierte. Deine freie Organisation ist deine beste, schärfste Waffe im Wirtschaftskampfe; darum wähle in deine Betriebsvertretung keine Unorganisierten, keine kommunistischen Gewerkschaftsfeinde, sondern nur erfahrene, tüchtige und zuverlässige freigewerkschaftlich

Organisierte!

schreibt da in der Nr. 1 1930 irgendein Lump mit Bezug auf den Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes in der bekannten Chemieaktien-Angelegenheit: „Die Behauptung, daß auch einzelne Vorstandsmitglieder nebenbei Aktienbesitzer sind, wurde bisher nicht dementiert, so daß angenommen werden muß, daß diese Leute ihren ganzen Einfluß im Verbandsaufbau, damit ihnen die Dividende nicht etwa durch Streiks und Lohnerhöhungen gekürzt wird.“

Der Bursche, der dieses geschrieben hat, muß allerhand hinter sich haben, um seine Mitschmenschen so einschägen zu können. Wir nennen diesen Lumpen hiermit einen gemeinen Lügner und Verleumder, und Herr Steffen ist vielleicht so freundlich und macht seinen Genossen und Mitarbeiter auf diese unsere Bemerkung besonders aufmerksam, damit er sie nicht übersieht.

Damit auch die Dummheit nicht ins Hintertreffen kommt, bringt der gleiche Mitarbeiter des Herrn Steffen nochmal die Behauptung, der Fabrikarbeiterverband habe furchterliche Kursverluste erlitten. Zu diesem Zweck bringt der scheinbar ebenso kluge wie gewissenhafte und ehrliche Mann folgende Kursnotierungen:

Kursstand der Aktien	31. Dez. 1928.		27. Dez. 1929.	
Chemietraff	267	167		
Bemberg-Seide	445	132		
Glanzstoff	540	150		

Dann schreibt der „Volkswirtschaftler“ weiter: „Nehmen wir beispielsweise an, daß der Verband hier für eine Million Aktien besaß, so hat er circa 600 000 Mark verloren.“

Der ehrliche Mann nimmt also an, d. h. er weiß nichts und deshalb schwindelt er.

Wie ist es mit den Kursen? Ist der Schreiber wirklich so vernagelt, um aus Kurschwankungen auf einen Verlust zu schließen unter allen Umständen? Weiß er, bei welchem Kursstand die Aktien gekauft wurden? Weiß er, ob wir die Aktien verkauft haben und wann? Weiß er, ob die Kurse wieder steigen? Will er dann dem Verband einen Gewinn zugestehen? Sind die Leser des kommunistischen „Berliner

Fabrikarbeiters“ wirklich solche Meisenhörnchen, daß sie solch schmutzige Verleumdung als wahr hinnehmen?

Daß der journalistische Mitts den Vorstandsmitgliedern unseres Verbandes nur gemeine Motive unterschiebt, dazu kann der Bursche nichts. Einmal ist sein Charakter und sein ganzes Seelenleben darauf eingestellt und außerdem glaubt er, es müßte überall so sein, wie es in „nen Kreisen üblich ist. Vielleicht bekommt er bei dem schmutzigen Wettbewerb den ersten Preis aus Moskau. Er hat ihn redlich verdient.

„Die Kapitalnot.“

Zu dem unter dieser Überschrift im „Proletarier“ erschienenen Artikel erhielten wir vom Verband Deutscher Druckpapier-Fabriken folgende Berichtigung:

„In der Nr. 2 des „Proletariats“ vom 11. Januar 1930 ist in dem Artikel „Die Kapitalnot“ eine Stelle enthalten, in der uns der Vorwurf gemacht wird, daß wir in den Jahren 1924 und 1925 unseren Gesellschaftern gefälschte Bilanzen vorgelegt haben. Diese Behauptung ist in vollem Umfange unrichtig. Eingehende Nachprüfungen durch das Reichswirtschaftsministerium, die auf Grund des Kartellgesetzes erfolgt sind, haben ergeben, daß an unserer Geschäftsführung und Finanzgebarung, insbesondere auch in den genannten Jahren, nicht der geringste Anstoß zu nehmen ist.“

Nachschrift der Redaktion: Die in Frage kommende Notiz haben wir der bürgerlichen Presse („Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“) entnommen. Selbstverständlich will die Redaktion des „Proletariats“ wissenlich niemand unrecht tun. Deshalb steht die Redaktion nicht an, zu bedauern, daß sie in diesem Falle einer Falschmeldung zum Opfer gefallen ist.

Frauenfragen.

Der Kampf um § 218.

Um den Abtreibungsparagrafen, der im Strafgesetzbuch die Nummer 218 trägt, wird nach wie vor heftig gekämpft. Die einzelnen Richtungen versuchen für ihre Anschauungen zu werben. Von den Befürwortern des gegenwärtigen Zustandes wird alles herangeholt, um nach wie vor jedem das Recht zu nehmen, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Das ist eine Bevormundung, die sich ein sozial reifes Volk nicht gefallen lassen kann. Die Regelung der Geburten durch Schwangerschaftsunterbrechungen, unter Rücksichtnahme auf die sozialen Verhältnisse, wird und darf in Zukunft nicht zu umgehen sein. Das „BZ.“ hat eine Rundfrage veröffentlicht, in deren Rahmen sich der derzeitige Reichsarbeitsminister, Genosse Wissell, zu diesem Problem u. a. folgendermaßen äußerte: „Die gegenwärtige strafrechtliche Behandlung der Abtreibung hat eine völlig unhaltbare, innerlich unwahre Lage geschaffen. Die Bestrafung der Abtreibung richtet sich praktisch so einseitig gegen die unbemitteltesten Bevölkerungsschichten, daß gerade im Interesse der Hebung der Achtung vor dem Gesetz, der strafrechtlichen Moral eine Änderung eintreten muß. Ich glaube, daß strafrechtliche Verbote nicht geeignet sind, den Schädigungen entgegenzuwirken, die bei der Unterbrechung unerwünschter Schwangerschaft dem Volksganzen wie auch den betreffenden Frauen entstehen können, bin vielmehr der Überzeugung, daß das Problem viel tiefer liegt und daß nur eine grundlegende Änderung unseres gegenwärtigen Rechts und eine wirtschaftliche Besserstellung von Mutter und Kind wirkliche Abhilfe schaffen kann. Wenn sich die völlige Herausnahme der Abtreibungsbestimmungen aus dem Strafrecht nicht ermöglichen läßt, muß zum mindesten gefordert werden, daß gleichberechtigt neben die rein „medizinische Indikation“ die „soziale Indikation“ tritt. Dem Arzt muß das Recht, die Abtreibung vorzunehmen, auch dann eingeräumt werden, wenn für die Frau aus sozialen Gründen die Unmöglichkeit vorliegt, gesunde Kinder aufzuziehen und als Mutter selbst gesund zu bleiben.“

Jugendbewegung.

Ein neues Jahr — ein neues Ziel!

Wir Funktionäre erleben immer wieder, daß Jugendliche dem Verband beitreten, um nach geraumer Zeit, meistens aber beim Wechsel der Arbeitsstelle, ihre Zugehörigkeit zum Verband zu vernachlässigen und sie schließlich ganz aufzugeben.

Es ist verhältnismäßig leicht, den Jugendlichen im ersten Eifer für die Organisation zu gewinnen. Bedeutend schwerer ist es, sein Interesse hierfür ständig wachzuhalten; aber das ist ja gerade der Hauptzweck, und hier wird merkwürdigerweise am meisten gesündigt.

Warum? Mit der ersten Klebekarte bekommt er gleichzeitig das Statut in die Hand: „So, nun überzeuge dich, daß der Verband wirklich eine notwendige Einrichtung ist.“ Für einen jugendlichen ungelerten Arbeiter wird das 50seitige Verbandsstatut natürlich trockener Stoff sein. Er blättert es durch, hält hier und da bei den Unterstrichungen interessiert inne und legt es dann in sein Schuttsack, weil er die

logisch aufgebauten Paragraphen gar nicht durchdenken kann! So zählt der Jugendliche seine Beiträge, die ihm abgefordert werden, ohne selbst zu erkennen, wofür er eigentlich sein Geld hingibt.

Es ist aber auch dem älteren Kollegen, der den Jugendlichen der Organisation zugeführt hat, nicht immer möglich, ihn über Zweck und Ziel der Organisation volkstämmlich aufzuklären; sei es, daß er örtlich daran gehindert ist, oder daß er nicht die richtigen Worte findet, vollends zu überzeugen.

So ist wenig damit gewonnen, nur passive, zahlende Mitglieder zu bekommen, die wegen der mangelnden Überzeugung je nach Lust und Laune der Organisation wieder den Rücken kehren und ihre dadurch zweifelhaft gewordene Meinung noch viel zweifelhafter weitergeben! Schon mit der Neuanmeldung soll die Arbeit der Jugendführer beginnen, indem sie bezirksweise die neuen Mitglieder in der Wohnung aufsuchen und ihnen die Ziele und Bestrebungen des Verbandes in zwanglos-plauderndem Klarlegen, gegebenenfalls zu den jeweiligen Jugendveranstaltungen persönlich einladen.

Die Jugendführer müssen vor allem darauf bedacht sein, aktive, werbende Mitglieder aus der ihnen anvertrauten Jugend zu machen. Aus dieser Erkenntnis heraus sind schon in den verschiedensten Gauen Spiel- und Sportabende eingerichtet, um engeren Zusammenhalt der Jugend zu ermöglichen. Das bedeutet für die einzelnen Ortsgruppen einen gewaltigen Schritt vorwärts. Aber Jugend soll nicht nur spielen, sondern auch lernen. Spielend soll sie die freigewerkschaftlichen Grundsätze und Ideale lernen!

Eine Hauptaufgabe unserer Jugendführer muß es weiterhin sein, den jungen Menschen die Macht der Solidarität einzuprägen, ihnen die inhaltsvollen Worte aus Wilhelm Tell: „Seid einig — einig — einig!“ immer wieder vorzuhalten.

Die Seele der Gewerkschaftsbewegung liegt in der planmäßigen Organisation der Jugend. Darum nicht nur Spiel- und Sportabende, sondern schaffensfreundliche Arbeitsgemeinschaften! Um Jugend zu interessieren, muß sie selbst mitarbeiten können. Selbstverständlich nur in Übungsabenden für spätere Praxis, wie zum Beispiel: Veranstellung einer Betriebsratswahl, was außerordentlich wichtig ist, um später in der Praxis Fehler und Meinungsverschiedenheiten zu klären. Man sollte es kaum für möglich halten, was für grobe Verstöße heute noch bei Betriebsratswahlen gemacht werden! Ferner, um den Geist der Jugend zu schärfen, sollten Verhandlungen mit Arbeitgeberern markiert werden, wobei ein älterer Funktionär, welcher der jeweiligen Jugendgemeinschaft fremd ist, als Arbeitgeber auftritt. Referate und Diskussionen müssen besonders gepflegt werden. Der junge Mensch wird freier in der Rede; der Geist wird zur Denkfähigkeit angeregt; das Angstgefühl oder auch die Befangenheit vor dem Arbeitgeber wird dadurch am besten gebrochen.

Es bleibt dem Funktionär, welcher sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe widmet, selbst überlassen, die Jugend je nach Charakteranlagen individuell auszubilden. Er muß versuchen, den stillen, verschlossenen Eigenbrötler, der nur widerwillig zur Arbeitsgemeinschaft geht, gleich am ersten Abend aus der Reserve herauszulockern und ihn zu aktiver Tätigkeit anzuregen. Der Stürmer dagegen, welcher mit jugendlichem Unverstand sich aufbäumen und losreißen will, soll mit freundlich-energischen Worten gemäßig werden, um auch ihn für das gemeinsame Werk zu interessieren.

Jeder ernsthafte Jugendführer wird auch verstehen, einen guten Kameradschaftsinn und aufrechtes Ehrgefühl in den jungen Menschen zu wecken, welche sich dann ganz von selbst weiterentwickeln.

Das sind Ideen, welche in Arbeitsgemeinschaften und an Jugendabenden sehr gut verwirklicht werden können, zum Segen der jüngsten Gewerkschaftler.

Wie aber sind alle diejenigen zu überzeugen, welche, weit verstreut, einzeln in kleineren Betrieben arbeiten? Welche nicht in geschlossener Arbeitsgemeinschaft zusammenkommen können, weil sie von einem Betrieb in den anderen überwechseln oder von einer Stadt in die andere ziehen? Es sind derer so viele, daß es sich lohnt, auch für sie einen sicheren Weg zum Ziel zu ebnen!

Bedenken wir nur, daß jeder junge Mensch, der zur rechten Zeit herangebildet wird, ein Stein im festen Fundament der Gewerkschaften ist. Aber all diese verstreut liegenden Steine müssen einzeln bearbeitet und zusammengetragen werden. Hier kann nur ein für die Jugend besonders redigiertes Blatt erfolgreiche Pionierarbeit leisten. Dieses darf gewerkschaftliche Jugendblatt, frei von Politik und Religion, würde unserem Verband äußerst zweckdienlich sein. Wir haben nur die Aufgabe, dem denkunfähigen ungelerten Jugendlichen das Wesen und die Arbeit der Organisation in kurzen, zwingend interessant geschriebenen Artikeln vor Augen zu halten.

Dieses Jugendblatt wäre bei sachgemäßer Leistung mit Recht das Fundament zu nennen, in welchem die gewerkschaftlichen Ziele verankert sind. Demzufolge müßte auch für eine möglichst großzügige Verbreitung des Blattes gesorgt werden. Es dürfte nicht nur als Jugend-Verbandsorgan angesehen werden, sondern müßte als Werbemittel auch denen zukommen, die immer noch abseits der Gewerkschaft stehen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Au die Arbeit

Eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der Spitzenkörperchaften der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften besaßte sich am 21. Januar mit den wachsenden Notständen, die durch die außerordentlich schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt entstanden sind. Es herrschte Einmütigkeit, daß die folgenden Maßnahmen als vorbringlich anzusehen sind:

Bei der Schwierigkeit einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln ist die

Kapitalzufuhr aus dem Auslande

eine notwendige Voraussetzung der Besserung. Deshalb muß die sofortige Beseitigung aller inländischer Hemmnisse verlangt werden, die gegenüber Auslandsaufnahmen bestehen, die auf Grund des Vertrauens aus-

ländischer Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft in Deutschland erhältlich sind. Dadurch könnte über die Gemeinwesen oder öffentlich-rechtlichen Kreditinstitutionen eine wesentliche Belebung des Baugewerbes und der mit ihm verbundenen Industrien erzielt werden. Um weiteren Industriezweigen Beschäftigung zu schaffen, sollen

Reichsbahn und Reichspost

im Hinblick auf ihre im Haag erreichte Beteiligung an der Mobilisierungsanleihe zur beschleunigten Auftragsvergebung veranlaßt werden. Die Ansätze für Bauzwecke und Notstandsarbeiten in den öffentlichen Haushalten sind vorweg zu erteilen, damit eine vernünftige Verteilung der Aufträge umgehend erfolgen kann.

Gleichzeitig mit allen erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, auch durch verstärkte Fortführung der Notstandsarbeiten, muß bei der Gestaltung des Reichshaushalts

der gesteigerte Sozialbedarf für Erwerbslosenunterstützung

unbedingt sichergestellt werden. Angesichts der großen Zahl langfristiger Erwerbsloser bedarf insbesondere die Krisenfürsorge einer Neuregelung.

Die Links- und Rechtsbolschewisten sind die Saboteure einer Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Beide glauben bei der Massenarbeitslosigkeit gewinnen zu können. Die Rechtsbolschewisten hoffen, durch Massenentlassungen und Entzug der Erwerbslosenunterstützung die Arbeiterschaft in ihre gelben Werk- und Stahlheerereine pressen und die Arbeiterbewegung zertrümmern zu können, während die Linksbolschewisten für Massenstreik Propaganda machen, um endlich mit einer daraus sich ergebenden Revolution ihren Sowjet-Zuchthausstaat nebst Galgen errichten zu können. Gewerkschaften und SPD. kämpfen um wirkliche Hilfe, um Arbeit und Verdienst für alle. Nur so ist eine Gesundung möglich.

Teure kommunistische Bonzen.

Die KPD-Presse, vom Zentralorgan bis hinunter zum letzten Brechmittel, genannt Betriebszeitung, wendet sich zum Zwecke der Auspeitschung der niedrigsten Leidenschaften in erster Linie an die geistig Armen und an die antisozialen Elemente, die mit der Arbeiterschaft nichts mehr gemein haben. Diesen erzählt die KPD-Presse in hundertfacher Wiederholung, wie hoch die Gehälter der Gewerkschaftsangehörigen sind. Daß diese Presse nicht bei der Wahrheit bleibt, braucht man wohl nicht erst zu erwähnen. Von den kommunistischen Gewerkschaftsbonzonen — es gibt nur ein paar Exemplare — hat noch keiner gegen die Höhe seines Gehaltes protestiert.

Ungeheuerlich hoch sind die persönlichen Verwaltungskosten der russischen Gewerkschaftsbonzonen. Es ist nicht leicht, sich über den Haushalt der russischen Gewerkschaften zu orientieren, da die entsprechenden Zahlen nur selten veröffentlicht werden. Um so mehr gewinnt an Interesse die von dem Finanzfachverständigen der russischen Gewerkschaftszentrale in Verbindung mit der Erörterung der Reform der inneren Verwaltung der Gewerkschaften gebrachte Mitteilung, daß die persönlichen Verwaltungskosten der Gewerkschaftsverbände der Sowjetunion sich im Jahre 1928 auf 37,9 Millionen Rubel (fast 82 Millionen Mark) belaufen haben („Lud“ vom 17. Januar). Wohlgerichtet: die persönlichen Verwaltungskosten der Betriebsräte, die in der Sowjetunion als die untersten Organe der Gewerkschaften erscheinen und einen bedeutenden Teil der gewerkschaftlichen Arbeit leisten, sind hier gar nicht, die riesigen persönlichen Verwaltungskosten der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit nur zu einem geringen Teil einbezogen, da die Betriebsräte gänzlich, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu einem bedeutenden Teil auf Kosten der Betriebe existieren. Die von den Betrieben für diese Zwecke zur Verfügung zu stellenden Mittel werden zwar durch die Gewerkschaften geleitet, nicht aber in den gewerkschaftlichen Verwaltungskosten aufgemessen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Umsicht, Vorsicht, Rücksicht!

Nach den amtlichen Erhebungen des Reichsversicherungsamtes sind durch Sturz von Leitern, Treppen, aus Luken usw. in einem Jahr über 100 000 Fälle allein bei den in gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Personen vorgekommen!



Gerade diese Art Unfälle gehört sicher zu denen, die vermeidbar sind. Übertriebene Hast und Eile ist nicht gleichbedeutend mit Fleiß und Eifer. Vorsicht ist Königswort! Wer durch Fahrlässigkeit Unfälle anderer verursacht, macht sich strafbar und kann womöglich haftpflichtig gemacht werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hirschberg i. N. A. Kassiererjubiläum. Der Kollege Wilhelm Klinge (Gnanan) konnte am Montag, dem 18. Januar, auf eine 20jährige Kassierertätigkeit bei der Zahlstelle Hirschberg-Kaufhaus unseres Verbandes zurückblicken. Leider ist er seit der Stilllegung der Papierfabrik Weiskende im Juli v. J. arbeitslos. In den langen Jahren seiner Kassierertätigkeit hat er wiederholt bewiesen, daß er einer unserer besten Funktionäre ist, treu wie Gold, mit Idealismus erfüllt, der die Sache der Organisation höher stellt als seine eigene Person und seine Familie. Wir wünschen unserem alten Kämpfer, der über 30 Jahre der Gewerkschaftsbewegung angehört, daß er noch recht lange, und zwar bei besseren materiellen Voraussetzungen, seine Tätigkeit als Verbandskassierer ausführen möchte.

Neuwied. Friz Sommer. Am Montag, dem 20. Januar 1930, ist plötzlich und unerwartet der Geschäftsführer unserer Zahlstelle, der Kollege Friz Sommer, auf einer Dienstreise von Köln nach Andernach durch Automobilunfall zu Tode gekommen. Der Kollege Friz Sommer, der erst seit Juni 1929 unser Angestellter ist und erst vor kurzem noch nicht ganz gesund von einem längeren Krankenlager aufgestanden ist, hat es trotz der kurzen Zeit seiner Tätigkeit verstanden, sich nicht nur das Vertrauen der mit ihm zusammenarbeitenden Verbandsfunktionäre, sondern der gesamten Mitgliedschaft zu erwerben. Der Arbeitseifer, den er in seiner Tätigkeit entwickelte, berechnete uns zu den besten Hoffnungen für die zukünftige Entwicklung unserer Zahlstelle. Sein Verlust für uns ist um so größer, da wir zur Zeit in der Schwemmsteinindustrie vor außerordentlich schwierigen Entscheidungen stehen, bei denen wir seine Mitarbeit und seinen Arbeitseifer sehr gut hätten gebrauchen können. Kollege Sommer ist erst 28 Jahre alt. In seiner Bahre trauern seine Frau und vier Kinder, darüber hinaus alle, die in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit Gelegenheit hatten, ihn kennenzulernen. Die Zahlstellenverwaltung Neuwied und alle, die ihn kannten, werden sein Andenken in Ehren halten.

Chemnitz. Am 19. Januar 1930 fand im „Volkshaus“ zu Chemnitz die von 78 Delegierten besuchte Vertreterversammlung statt. Im Mittelpunkt derselben stand das Referat des Herrn Regierungskammerrats Hofmann über „Wirtschaftskonzentration“. Gen. Hofmann trug zu seinem Thema ausführliches Tatsachenmaterial vor und kam zu dem Schluß: Es gilt nur das eine Wort: Konzentration gegen Konzentration. Deshalb muß auch die Arbeiterschaft alles Kleinliche beiseite stellen und nur den Gegner im Auge behalten, um den Schlag der Truste und Konzerne erfolgreich abwehren zu können.

Der Kollege Siegmund erstattet hierauf seinen Geschäftsbericht. Er betont, daß die Ursachen wirtschaftlicher Art so stark waren, daß trotz aller Mühe, Arbeit und Aufopferung der Funktionäre die Mitgliederzahl im vergangenen Jahre einen Verlust von 60 erlitten habe. — Die Konzentration in der Industrie macht sich eben auch bei uns durch Stilllegung einer ganzen Reihe von für uns zuständigen Betrieben bemerkbar.

Größere Streiks haben im Jahre 1929 nicht stattgefunden. Die Reform der Arbeitslosenversicherung wird dann einer eingehenden Kritik unterzogen. Es wird betont, daß speziell unser Verband von den geschaffenen Verschlechterungen betroffen worden ist. Einschneidende gescheiterte Maßnahmen sind notwendig, um Reformen in der gesamten Sozialversicherung durchzuführen. Dazu gehört allerdings die politische Einheit der gesamten Arbeiterschaft. Wohin die Reise gehen soll, zeigt ganz deutlich die Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Man scheut sich nicht, den Armen der Armen auch noch die wenigen Rentenfennige zu beschneiden. An die Riesengehälter in der Industrie, Lantienen und Pensionen der Offiziere geht man nicht heran, wo der Hebel zum Sparen angelegt werden könnte.

Die Lohnbewegungen innerhalb der Zahlstelle ergaben eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 4 Pf. je Stück für fast alle Industrien. Weiter wurden dann das neu aufgetauchte Bedaugsystem, die Arbeit der Betriebsräte, der Betriebsvertrauensleute, die Tagung des Verbandsbezirks, der Film des Verbandes „Aufstieg“ eingehend erörtert. Festgestellt wird, daß die Ortsverwaltung, die Geschäftsleitung, alle ehrenamtlichen Funktionäre sowie das Personal voll und ganz ihre Pflicht getan haben. Das muß und wird dankend anerkannt.

Kollege Eger gibt hierauf den Kassierbericht. Ein trübes Bild zeigt noch immer das Fehlen der Ertragsbeiträge. Am Schluß des Jahres 1929 sind vorhanden 5627 Mitglieder, mithin ein Weniger von 89 gegenüber 1928. Der Durchschnittsbeitrag beträgt 48,52.

An der Aussprache beteiligen sich eine ganze Reihe von Kollegen, die Kritik an der Geschäfts- und Kassierführung nicht üben. Eine Anzahl Redner ist mit der Sicherlegung des Vorstandes von Hannover nach Berlin keinesfalls einverstanden. In Zeiten der wirtschaftlichen Not müßte mit den Geldern gepart werden. Eine vom Bezirk Flöha eingegangene Entschädigung, welche der Geschäftsleitung das Vertrauen ausdrückt, wird einstimmig angenommen.

In seinem Schlußwort erläutert Kollege Siegmund, zu welchem Zweck die Aktien des Vorstandes bei der Conti in Hannover und bei der J.-G. Farbenindustrie erworben worden sind, ebenfalls den Zweck der Sicherlegung nach Berlin.

Die alte Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. **Selmann**

Cottbus-Senftenberg. Die Generalversammlung der Bezirkszahlstelle Cottbus-Senftenberg tagte am Sonntag, 12. Januar, in Petershain. Es nahmen daran 42 Delegierte, die Mitglieder der Ortsverwaltung und ein Gauleiter teil. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Arbeiter-Vereinsverein den Anwesenden ein Begrüßungslied zu Gehör; ferner begrüßte der amwesende Amts- und Gemeindevorsteher Eichler die Delegierten im Auftrage der Gemeindeverwaltung von Petershain, welche eine sozialistische Mehrheit aufzuweisen hat. Die Generalversammlung nahm den Kassierbericht und den Geschäftsbericht über das Jahr 1929 entgegen. Dem Kassierbericht war zu entnehmen, daß die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse mit 339 656 Mk. balancieren. In Unterstellungen wurden insgesamt 96 286,71 Mk. = 28,35 Prozent der Gesamteinnahme ausgezahlt. Die Lokalkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 156 702,37 Mk. Der Kassenbestand hat sich von 36 278,11 Mk. auf 61 751,41 Mk. erhöht. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Kerstan für das Jahr 1929 war zu entnehmen: Arbeitslosigkeit, verursacht durch Betriebsstilllegungen und Betriebs-einschränkungen, gekennzeichnete Situation. Einzelne Firmen benötigen die Stilllegungen, um Verschlechterungen in der bisherigen Entlohnung herbeizuführen, soweit Akkordverdienste über den tariflich vorgesehenen Mindestverdienst hinausgingen. Deshalb nahmen die Differenzen in den Betrieben kein Ende. Mit Hilfe der Organisation war es nicht nur möglich, die von den Arbeitgebern geplanten Verschlechterungen in vielen Fällen abzuwehren, sondern darüber hinaus tarifliche Verbesserungen zu erreichen. Daraus ergibt sich, daß die Macht und Stärke der Organisation gesiegt ist und bei den Verhandlungen ihre Auswirkung findet. Innerhalb der uns zustehenden Betriebe gehören 62,80 Prozent der Beschäftigten zu unserer Organisation und 9,55 Prozent zu anderen freigewerkschaftlichen Organisationen, insgesamt sind also 72,35 Prozent organisiert. Im Jahre 1928 betrug die Zahl der Organisierten 70,33 Prozent der Beschäftigten, die Zahl der Unorganisierten konnte demnach um 1,82 Prozent herabgemindert

werden, was Anerkennung verdient, zumal bei der günstigen Wirtschaftslage und der damit verbundenen Fluktuation in der Mitgliederbewegung. Der Mitgliederbestand betrug am Schlus des Jahres 1928 5569 männliche und 1259 weibliche Mitglieder, insgesamt also 6828 Mitglieder. Am Jahresabschluss 1929 betrug die Mitgliederzahl 5706 männliche und 1198 weibliche, insgesamt also 6904 Mitglieder. Durch den Weibseintritt in unseren Verband, welcher in einer Reihe Ortsgruppen unserer Bezirksabteilung zur Durchführung gelangt, soll die Werbearbeit und Agitation neu angeregt und belebt werden. In der anschließenden Debatte über beide Berichte wurde die geleistete Arbeit innerhalb der Bezirksabteilung im Jahre 1929 anerkannt. Es wurde dann der Bericht über die Verbandsberatungen am 13. und 16. Dezember 1929 in Hannover durch den Geschäftsführer, Kollegen Kerstan, gegeben. Die anschließende Debatte berührte meistens die Sicherlegung des Hauptvorstandes. Die Meinung darüber war geteilt. Daß eine Änderung des bisherigen Vorstandes notwendig ist, wurde anerkannt, und man erwartet, daß der Verbandstag eine Regelung bringen wird, die im Interesse des gesamten Verbandes liegt. Die Generalversammlung beschäftigte sich dann mit den vorliegenden Anträgen. Der bedeutendste Antrag war derjenige der Ortsverwaltung, der wie folgt lautet:

Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht der Ortsverwaltung über die Vorgänge in Haidemühl und billigt die Handlungsweise und Beschlüsse der Ortsverwaltung in dieser Angelegenheit.

Die Ortsverwaltung war gezwungen, die Ortsgruppe Haidemühl aufzulösen, weil die moskowschen Spaltungsapostel die Ortsgruppe Haidemühl für alle möglichen kommunistischen Parolen mißbrauchten und die Ortsgruppenleitung es zuließ, daß das Verbandsstatut und die Mitteilungen der Ortsverwaltung nicht beachtet wurden. Es ging nicht mehr an, daß Unterschriften, welche nicht zu der KPD, oder der sogenannten Opposition zählten, im Kassenkomentar beifügt wurden. Alle Kollegen und Angestellte, welche sich bemühten, geordnete Verhältnisse zu schaffen, wurden als Lumpen und Straflöse bezeichnet. Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe wurde mit Resolutionen bombardiert, welche auf alle möglichen Vorkommnisse Bezug hatten. Die Ortsgruppenleitung unterließ es, die Zahlstellenleitung davon zu unterrichten, daß man beschließen hatte, der „Rosen Hilfe“ korporativ beizutreten und Beiträge nach dort hin abzuliefern, obwohl beides unserer Verbandsfassung widerspricht. Verbandsmitglieder, welche in der Ortsgruppe Haidemühl bei solchen Vorgängen Kritik äußern wollten, wurden als Verräter und Lumpen illustert. Die Ortsgruppe in Haidemühl hat den Beschluß der Ortsverwaltung und die Anweisungen des Hauptvorstandes, den oppositionellen Gewerkschaftskongress nicht zu besuchen, mißachtet. Man nahm unzulässigerweise in der Mitgliederversammlung Stellung zu dem Kongress und wählte einen Delegierten; ein weiteres Mitglied nahm als Gast an dem Kongress teil. Nicht genug damit: in einer weiteren Mitgliederversammlung wurde auch noch Bericht über diesen Kongress erstattet. Die Ortsgruppenleitung mußte, daß sie mit dieser ihrer Handlungsweise gegen das Verbandsstatut verstieß. Der Ortsverwaltung blieb nichts anderes übrig, als die Ortsgruppe aufzulösen und gegen die beiden Mitglieder Werner und Wehner den Ausschluß beim Hauptvorstand zu beantragen. Die Ortsverwaltung beschloß weiter, vorläufig eine Ortsgruppenleitung kommissarisch einzusetzen, bis geordnete Verhältnisse in der Ortsgruppe geschaffen sind. Alle Verbandsmitglieder der Ortsgruppe Haidemühl wurden von dem Beschluß der Ortsverwaltung unterrichtet und hatten die Möglichkeit, innerhalb einer bestimmten Zeit sich zu melden, wenn sie ihre Mitgliedschaft fortsetzen wollten. Nach den Vorgängen, welche sich in Haidemühl abgespielt haben, konnte ein anderer Beschluß auch nicht in Betracht kommen. Zweifel erhoben sich nur, ob die von der sogenannten Opposition erzwungenen Maßnahmen der Ortsverwaltung die Billigung einer übermächtigen Mehrheit auf der Generalversammlung finden würde. Die Zweifel wurden durch das Resultat der Abstimmung beseitigt. Schon in der Debatte, die vor der Opposition mit frapperender Schärfe geführt wurde, trat die Bedeutungslosigkeit der Minderheit zutage. Im übrigen wurde anerkannt, daß der Hauptvorstand recht getan hat, als er Werner und Wehner ausschloß. Das Verlangen der Opposition in der Generalversammlung, die beiden ausgeschlossenen Personen vor den Delegierten sprechen zu lassen, wurde von der Generalversammlung abgelehnt. Geschäftsführer Kohl führte aus: Die Haltung der Ortsgruppenleitung Haidemühl liegt auf einer Linie mit den Parolen der KPD. Haidemühl ist nur ein Symptom für die kommunistische Spaltungsarbeit. Glaube die Ortsgruppenleitung Haidemühl wirklich, daß wir uns alle Provokationen gefallen lassen, daß wir uns terrorisieren lassen, daß wir zusehen, wie die Statuten, die Beschlüsse umgestoßen werden? Wir unterbinden nicht die Meinungsfreiheit (wie das in der KPD üblich ist). Wir fördern sie und begrüßen sie, wenn eine Opposition da ist, die nützlich arbeiten will. Aber die Opposition in Haidemühl weiß nur negative, zerstörende Tendenzen auf. Alle Pioniere der Arbeiterbewegung, anständige Menschen, haben kein Verständnis für den Kassenkomentar der Kommunisten. Dieser Ton ist nicht die Sprache des Proletariats. Kollege Kohl verliest Schimpfworte aus dem „Volkswort“ und fährt dann fort: „Das, was wir hier lesen, ist die Sprache der Ganoven, nicht die der klassenbewußten Arbeiter, das sind die Methoden der Gasse und des Lumpenproletariats. Ist es nicht eine bodenlose Gemeinheit, wenn man von einer Gewerkschaft behauptet, sie frage sich auf Unternehmerrage? Wenn man das genau wissen will, warum bleibt man dann überhaupt noch in der Organisation? Man schreit eben vor keiner Lüge, vor keiner Gemeinheit zurück. Wir bebauern die Auflösung der Haidemühscher Ortsgruppe. Aber wir haben in Notwehr gehandelt, um die Organisation vor Schädigungen zu bewahren.“ — In der Abstimmung über diesen Antrag stimmten 38 Delegierte für den Antrag der Ortsverwaltung und drei Delegierte dagegen. — Die Wahl der Ortsverwaltung ergab einstimmig für folgende Kollegen: Brauer, Hübnier, Maier, Wengler, Wünsche, Gruschke, Küß, Franke, Hen, Wallon und Szymann. Als Ersatzmann: Kömer, Wishek, Grünwacher. — Kollege Kerstan wies auf die bevorstehenden Kämpfe, welche das Jahr 1930 in wirtschaftlicher Beziehung bringen wird, und auf die Tarifbewegungen, welche zu erwarten sind, hin. Nur durch eine enge, geschlossene und starke Organisation wird es möglich sein, auch diese Schwierigkeiten zu überwinden. — Im Anschluß an die Generalversammlung wurde der Verbandsfilm „Aufstieg“ vorgeführt. Derselbe fand eine gute Aufnahme.

Lübeck. Es geht wieder vorwärts. Am 19. Januar tagte die Generalversammlung der Abteilungsstelle in Lübeck mit 47 Vertretern aus den Ortsgruppen. Der gedruckte Geschäftsbericht wurde von den Kollegen Gampig und Körner ergänzt. In voller Übereinstimmung mit allen Vertretern konnte festgestellt werden, daß es wieder aufwärts geht mit der Abteilungsstelle. Die Tarife sind verbessert worden, die Lohnbewegungen brachten 4-7 Pf. je Stunde. Für die Frauen in der Textilindustrie wurde erstmalig der Urlaub eingeführt. Auf die Bildung der Mitglieder wurde größter Wert gelegt. Die Mitgliederzahl stieg von 4033 auf 4586, darunter befinden sich 1301 weibliche. An Unterstützung wurden aus der Hauptkasse gezahlt 62 373,75 Mk. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betragen 230 928,75 Mk. Die Lokalkasse balanciert mit 100 796,25 Mk. Für Erwerbslose und Invalide wurde aus der Lokalkasse der Betrag von 6613,24 Mk. gezahlt. Der Bestand der Lokalkasse erhöhte sich von 93,17 Mk. auf 15 493,07 Mk. In der Aussprache wurde allgemein begrüßt, daß es der Zahlstellenleitung gelungen ist, einen solchen Abschluß vorzulegen. Die Beratung der Anträge nahm sehr viel Zeit in Anspruch. Kollege Gampig besprach dann noch die Einführung der Invalidenunterstützung. Kollege Körner behandelte die Änderung der Buchführung in den Zahlstellen. Nach einer Tagungsdebatte von über acht Stunden konnte die Versammlung geschlossen werden mit dem Gelübde, daß im Jahre 1930 jeder einzelne sich weiter bemühen wird um die Entwicklung unseres Verbandes. Unter den Vertretern befanden sich auch zwei Kolleginnen, ein Beweis, daß sich die Frauen mit um die Verbandarbeit bemühen. Die bisherige Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Kollegen, der Abschluß darf nicht dazu verleiten, jetzt etwa die Hände in den Schoß zu legen, es gibt noch viel Arbeit. „Jetzt macht es doch

wieder Lust, für den Verband zu werben“ sagte ein Vertreter und der hat recht. Ja, da steht es anders aus als dort, wo die mit kommunistischer Krankheit Behafteten alles versauen. (Die Red.)

Reichshaus 1. B. (Zahlstelle Zwickau). Das Jahr 1929 war ein Kampfjahr, wie es in der Bezirksstelle Reichshaus seit Jahren nicht dagewesen ist. Durch die Stabilisierung der Mark und verschiedene wirtschaftliche Verhältnisse ist die 1921 als sehr gut zu bezeichnende Organisation in der Schwarzhammermühle auf drei Prozent im Jahre 1928 gesunken. Durch das Nichtvorhandensein einer Betriebsvertretung während vier Jahre ist aus dem Betriebe ein wahres „Paradies“, wie es sich die Unternehmer wünschen, geworden. Die gesetzlichen Bestimmungen wurden zum großen Teil nicht eingehalten, auch der für allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag war für diesen Betrieb in puncto Arbeitsbedingungen unbekannt. Daß dieser Zustand nicht auf die Dauer anhaltend konnte, ist von der Arbeiterschaft des Betriebes im Frühjahr 1929 eingesehen worden. Einer durch Anregung der im Betrieb stehenden Kollegen einsetzenden Agitationskampagne blieb der Erfolg nicht versagt, so daß wir im Betriebe augenblicklich weit über 50 Prozent organisierte Kollegen und Kolleginnen haben.

Die wichtigste Aufgabe der Betriebsräte.

Die Demokratie im Staate ist noch nicht verwirklicht, wenn die oberste Gesetzgebungsgewalt einem aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht hervorgegangenen Parlament übertragen ist. Vielmehr erfordert die Demokratie, daß die lokale Verwaltung in Land, Bezirk und Gemeinde demokratischen Vertretungskörperschaften übertragen wird. Ganz ebenso ist eine demokratische Verfassung noch nicht verwirklicht, wenn jeder Industriezweig von einem Verwaltungsrat regiert wird, der aus Bevollmächtigten der Volksvertretung, der Konsumenten und der Arbeiterschaft zusammengesetzt ist. Vielmehr erfordert die wirtschaftliche Demokratie auch, daß die lokale Verwaltung des einzelnen Industriebetriebes demokratisiert wird. Wie die freie Gemeinde die Grundlage des freien Staates ist, so ist die demokratische Betriebsverfassung die Grundlage der demokratischen Organisation der Gesamtindustrie.

Otto Bauer („Der Weg zum Sozialismus“).



Die besondere Einstellung der Betriebsleitung zum Betriebsrat bzw. bei der Schaffung des jetzigen Betriebsrats im Frühjahr soll dazu dienen, der noch nicht organisierten Arbeiterschaft dieses Betriebes die Augen zu öffnen. Als am 17. März 1929 die Arbeiterschaft in einer Versammlung eine Vorschlagsliste zusammenstellte und die Vorgelegenen ihr Einverständnis durch Unterschrift bekundeten, ist die Betriebsleitung am 18. März von einem Arbeiter über den Verlauf der Versammlung unterrichtet worden. Zwei Tage darauf wurde ein Kandidat dieser Vorschlagsliste wegen „Arbeitsmangels“ entlassen. Wiederum zwei Tage später wurde ein Kandidat dieser Vorschlagsliste aus einem vorgeschobenen Grunde entlassen. Damit wollte die Betriebsleitung erreichen, daß kein Betriebsrat zustandekommen sollte, was aber an dem zähen Willen der Arbeiterschaft scheiterte. Was für Ziele die Betriebsleitung damit hatte, war für die Arbeiterschaft nicht schwer zu erraten, denn die Betriebsleitung bemühte sich, um eine zweite Vorschlagsliste, was ihr auch nach längerer Zeit gelang, und die Vorschlagsliste hat der von der Betriebsleitung zusammengestellten Liste die richtige Antwort gegeben. Wie überhaupt eine zweite Liste zustande kam, werden wir weiter unten berichten. Es ist der Betriebsleitung aber trotzdem gelungen, drei Mitglieder zum Betriebsrat zu stellen. Wir geben zur Orientierung der Arbeiter des Betriebes einen Auszug eines Schriftstückes bekannt, das im Verlauf der Wahlforschungsskizze von dem damaligen Wahlvorstand an das Arbeitsgericht in Reichenbach gelangt wurde:

„Der Verlauf der Wahlhandlung wurde von der Firma P. Dießlich dahingehend zu beeinflussen versucht, indem wir von P. Dießlich angehalten worden sind, eine zweite Kandidatenliste aufzustellen, um dadurch zu erreichen, daß überhaupt kein Betriebsrat zustande kommt. Der Eingang der Listen war folgender:

Am Mittwoch, dem 20. März 1929, abends 10 Uhr, ist die Liste (Wittmar) bei dem Wahlvorstand eingegangen. Am 21. März 1929 sprach ich mit Herrn Dießlich über den Ausgang der zweiten Liste, worauf Herr Dießlich äußerte: „Wir hängen vorläufig keine aus.“

Als die Kollegen, welche sich auf der zweiten Vorschlagsliste anstellen ließen, befragt wurden, warum sie das getan haben, erklärten sie, daß sie es nur getan hätten, um nicht auch das Los der beiden Kandidaten der ersten Vorschlagsliste zu teilen; sie haben sich also in einer Zwangslage befunden, welche durch das Verhalten der Betriebsleitung auch vom moralischen Gesichtspunkt aus zu vermerken war. Es taucht nun die Frage auf: Welches Interesse hat die Betriebsleitung an dem Nichtzustandekommen eines Betriebsrats bzw. Schaffung einer Betriebsvertretung, die der Betriebsleitung genehm ist? Es ist das Bestreben der Betriebsleitung, alle Arbeiter im Betriebe rechtslos zu machen, um dadurch den „Herrn-im-Haus“-Standpunkt zu wahren. Die Vorteile einer Betriebsvertretung für die Arbeiterschaft müssen die Arbeiter heute zu schätzen. Im übrigen werden wir uns einmal damit beschäftigen müssen, inwieweit sich die Paragraphen 108 und 109, 240 und 339 des Reichs-Strafgesetzbuches gegen den damaligen Wahlvorstand und die Betriebsleitung anwenden lassen. Der Arbeiterschaft des Betriebes aber rufen wir zu: Sorgt dafür, daß es nicht wieder vorkommt, daß ihr ohne Betriebsvertretung seid wie in den vier Jahren 1925 bis 1928 und tretet ein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, denn nur durch ihn werden eure Interessen vertreten!

J. Eiser.

Doppeln. Der Pfarrer auf dem Kriegsfuß. Alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen im Reich werden wissen, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Ober-Sachsen nicht besonders günstig sind. Aus den industriearmen Gegenden Rosenbergs und Kreuzburgs, ferner auch aus dem Kreise Oppeln und Groß-Strehlitz-Neustadt ziehen alljährlich etwa 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in die Fremde, um durch Arbeit in fremden Bezirken ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Von diesen „Sachhängern“ ist ein großer Teil bei den freien Gewerkschaften organisiert, weil sie zu der Überzeugung gekommen sind, daß ohne Gewerkschaft für sie eine Lohnregelung nicht vorzunehmen wäre. Erfreulicherweise haben sich auch die ortsanhängigen Arbeiter zum Gewerkschaftsgedanken bekannt und wollen auch die übrigen noch Unorganisierten gewinnen, damit die Gewerkschaft noch viel mehr fruchtbringende Arbeit leisten kann. Da nun die ober-sächsischen Arbeiter katholisch sind, überzeugten sie sich rechtzeitig davon, ob die Gewerkschaften auch nicht an ihren Glaubenskenntnissen rütteln. Weil es aber in den Statuten der Gewerkschaft heißt, daß Konfessionszugehörigkeit und Parteizugehörigkeit im Kampf um Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuscheiden, fanden viele katholische Arbeiter den Weg zu uns, aber auch weil sie mußten, daß die freien Gewerkschaften ihre Forderungen viel prädizier stellen und erfolgreicher vertreten. Die Arbeiterschaft weiß das zu schätzen, weil

ihre allzuprohe Bescheidenheit und Unterwürdigkeit von den Überlebenden ausgenutzt wurde. Beispiele sollen zeigen, daß in Ober-Sachsen das Leben eines Arbeiters mit seiner Familie nicht rosig ausfällt: In Jegerlein werden für einen über 21 Jahre alten Arbeiter Löhne von 88 Pf. gezahlt. Noch im vorigen Jahre erhielt ein Arbeiter mit Frau und drei Kindern in einem Jegerleinbetrieb in R. einen Lohn für 14 Tage von insgesamt 88 Mk. Für Miete mußte dieser Arbeiter innerhalb eines Vierteljahres über 20 Mk. zahlen. Auf unsere Frage, wovon er denn lebe, antwortete er: „Frischmorgens eine Margarinebrot und einen Löff schwarzen Malzhafer, mittags Kartoffeln und einen Keller Suppe oder wenn die Blaubeerenzeit ist, Brot und Blaubeeren und abends, was übrig bleibt! Dasselbe erhalten auch Frau und Kinder! Kohle gibt es nicht, die ist zu teuer, deshalb wird Holz gefaselt.“ — Von einem anderen Betriebe wurde uns mitgeteilt, daß die Arbeiter ihre fauer verdienten Groschen von pro Woche 20 Mk. durchschnittlich am Sonnabend eine Stunde nach Feierabend oder nach langem Warten überhaupt nicht erhalten. Man stelle sich vor, daß die Frau zu Hause ohnehin eine Plage hat, diesen Lohn einzuteilen, und am Sonnabend ohne irgendeinen Pfennig, aber den Sonntag, an dem Ruhetag oder in der Kirche mit hungrigem Magen! Eine Arbeiterin, die aus Angst vor der Entlassung ihre ganzen Kräfte im Betriebe aufwendet, fährt mit einer Karre, auf der sich ein etwa drei Zentner schweres Betonrohr befindet, durch den Fabrikhof! — In den Wohnwohnungen der Kalkarbeiter sowie auch der Ziegeleiarbeiter steht es erschreckend aus. Bei den Kalkarbeitern zum Beispiel finden wir regelrechte Elendslöcher. Die Fenster und Türen sind un dicht, der Fußboden teilweise aus Zement, das Treppenhaus unheimlich, die Stufen aus Eisenplatten, der Hof befindet sich zwischen dem Familienhaus und der Fabrik. Es trifft auch bei den Kalkarbeitern zu, daß mancher Schweinestall eines Landwirts besser aussieht als diese Wohnwohnung! Fest steht, daß die Ausgarage des Direktors besser geheizt ist als die Wohnwohnung des Arbeiters mit seinen Familienmitgliedern und daß das Händchen des Direktors ein viel angenehmeres Leben führt als ein Proletarierkind. Und nicht nur wirtschaftliche Not, sondern auch kulturelle Notlage ist oft die Erzeugerin eines zerrütteten Familienlebens. Es gilt die Arbeiterschaft aus diesem Tiefstand wachzurütteln. Es hat sich bis jetzt niemand um diese Menschen gekümmert. Auch nicht der Pfarrer! Jetzt aber, weil die ober-sächsischen Proletarier anfangen aufzuwachen und nachzudenken, kümmert sich der Pfarrer um sie, indem er ihnen vorhält, daß sie als „gute“ Christen nicht in der freien Gewerkschaft organisieren dürfen. Der betreffende Arbeiter bekommt auf seine Frage, warum er das nicht tun soll, von dem Pfarrer zur Antwort, daß für die wirtschaftliche Interessensvertretung der katholischen Arbeiter der christliche Verband zuständig sei. Der Pfarrer in Groß-Stein (Kreis Groß-Strehlitz) wollte sogar einen katholischen Arbeiter nicht von der Beichte losprechen, weil der Betreffende am vorgegangenen Sonntag, anstatt zur Messe zu gehen, an einer Funktionärsversammlung des Fabrikarbeiterverbandes teilgenommen hat. In anderen Orten, zum Beispiel in Puder (Kreis Guttentag), geht man noch offener ans Werk, indem durch die Betriebsleitung die Vermittlung des Pfarrers erbittet wird, damit die Arbeiterschaft sich von der freien Gewerkschaft löstrennt. Also erst wenn wir die Arbeiterschaft zum Solidaritätsgedanken aufrufen, mißt sich nun der Pfarrer ein, will die Arbeiterschaft auseinanderreiben, nach dem Grund: Teile und herrsche! Der Kapitalismus kann dann besser Schätze sammeln, die Hoff und Notzen verzehren. Tatsache ist, daß selbst katholische Arbeiter sich lieber bei den freien Gewerkschaften als Mitglieder einschreiben lassen als in christlichen. Sie haben Vertrauen zu den freien, und dieses Vertrauen soll durch das Einwirken der Geistlichkeit gestört werden. Ist das die Aufgabe der Geistlichen? Nein! Und da wo sie es tun, gilt der Geistliche nicht als Diener der Kirche, sondern als Diener des Kapitalismus. Wenn die Industriellen keine konfessionell getrennten Arbeitgeberorganisationen haben, dann müssen die Arbeiter, Angestellten und Beamten erst recht in einer Organisation zusammenwirken. Der Pfarrer soll in seiner Gemeinde nicht Zerplitterungsarbeit leisten, sondern sich darüber freuen, daß sich die Menschen einander beistehen. Christus hat nicht die Armen, sondern die reichen Wucherer aus dem Tempel gejagt.

Elfr. Proköt.

Selb. Die am Sonnabend, dem 13. Januar, im Lichtspielhaus tagende Zahlstellenversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Kollege Küger ging in objektiver Weise auf den Ausschluß der Kollegin Geier ein sowie auf die von der kommunistischen Partei verbreiteten Flugchriften. Durch seine sachlichen Ausführungen konnte er die unwahren Angriffe und Verunglimpfungen widerlegen. Der Geschäftsbericht fand einstimmige Zustimmung der Versammlung, nur ein kommunistischer Diskussionsredner ließ es sich nicht nehmen, durch seine Ausführungen Heiterkeit in der Versammlung zu erwecken. Die alte Verwaltung wurde mit einigen Ergänzungen gegen fünf Stimmen wieder vorgeschlagen. Kollege Küger ging auf die Kündigung des Mantelvertrags ein, betonte die Absichten der Unternehmer, die dahin geben, zu verschlechtern, sogar auf „wissenschaftlicher Grundlage“ bei der Porzellanarbeiterschaft das soviel geprüfene Behaus-System aufzuzwingen. Keiner legt an Hand von Beispielen dar, was es bedeuten würde, wenn es den Unternehmern gelänge, ihre Absicht durchzusetzen: Übermäßige Leistungssteigerung, Raubbau an der Gesundheit der Arbeiterschaft, Entlassungen der alten Kollegen würden die Folgen sein.“ Die Kollegen sehen mit aller Ruhe und Besonnenheit den kommenden Dingen entgegen, gestützt auf die große schlagkräftige Organisation. Mögen die noch Fernstehenden den Weg zur Organisation finden, denn nur als Gewerkschafter, im Kameradschaftsbund vereint, ist es möglich, die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die kanadische Gewerkschaftsbewegung am 1. Januar 1929.

Den direkten Mitteilungen des dem Internationalen Gewerkschaftsbund (I.G.B.) angehörenden Kanadischen Gewerkschaftsbundes zufolge zählte die Gesamtgewerkschaftsbewegung Kanadas am 1. Januar 1929 300 002 Mitglieder gegen 290 282 Ende 1927 (Steigerung um 3,6 Prozent).

Die kanadische Gewerkschaftsbewegung umfaßt freie, kommunistische, konfessionelle und sonstige Gewerkschaften. Die freie Gewerkschaftsbewegung zählte am genannten Datum 186 917 Mitglieder (1927: 171 492), wovon der dem I.G.B. angehörenden Landeszentrale 143 532 (140 195) angehört. Die kommunistischen Gewerkschaften umfassen 24 429 (23 645), die konfessionellen Organisationen 26 000 (25 000) und die sonstigen Organisationen 63 236 (70 145) Mitglieder.

Genossenschaftsbewegung.

Förderung des Kleinwohnungsbaus.

In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium haben ADGB, IFA und IGB Vorschläge gemacht, um die bedrohliche Lage des Baumarcktes zu heben. So wurde u. a. verlangt, die privaten und öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten durch Herabgabe erstfälliger Hypotheken zur stärkeren Finanzierung des Wohnungsbaues zu verpflichten. Allein die deutsche Lebensversicherung verfügt zur Zeit über Anlagengelder von rund 1,6 Milliarden Mark. Da interessiert es, zu erfahren, daß die Volksfürsorge insgesamt seit Beendigung der Inflation etwa 35 Millionen Mark für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaubergang angeachtet der für den kommunalen Wohnungsbaubau zur Verfügung gestellten beträchtlichen Mittel, und zwar zu Bedingungen, die für die Darlehensnehmer weit günstiger sind, als wenn sie sich die Kapitalien auf dem freien Geldmarkt beschaffen hätten. Aber die Prämienentnahme des Jahres 1930 ist bereits in gleichem Sinne verfügt worden. Mit der freigegebenen Kapitalien Demog hat sich ein enger Zusammenarbeiten herausgebildet. Tausende von Arbeitnehmern sind durch die Volksfürsorge zu menschenwürdigen Wohnungen gekommen, und viele Arbeiter hatten dadurch Beschäftigung.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Januar 1930.

War die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes das ganze Jahr 1929 hindurch sehr ungünstig, so hat der Jahresabschluss noch eine außerordentliche Verschlechterung gebracht. Die Zahl der aus der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung unterstützten Erwerbslosen hat am Jahresabschluss nahezu die Zweimillionengrenze erreicht, wie aus der Statistik der Arbeitslosenversicherung ersichtlich ist.

Monat	Arbeitslose	Arbeits-unterstützte	Insgesamt
30. Dezember 1928	1 702 342	127 374	1 829 716
31. Januar 1929	2 246 278	145 359	2 391 637
28. Februar 1929	2 460 760	161 493	2 622 253
31. März 1929	1 899 121	192 314	2 091 435
30. April 1929	1 125 968	198 780	1 324 748
31. Mai 1929	807 750	203 031	1 010 781
30. Juni 1929	722 948	206 631	929 579
31. Juli 1929	710 499	163 095	873 594
31. August 1929	725 757	167 245	893 002
30. September 1929	748 610	161 635	910 245
31. Oktober 1929	889 492	171 642	1 061 134
30. November 1929	1 200 396	186 683	1 387 079
31. Dezember 1929	1 760 000	210 000	1 970 000

Verglichen mit der Steigerung der Arbeitslosenzahlen in den letzten beiden Monaten der Vorjahre 1928 und 1927 ist zwar die Steigerung nicht erheblich höher als sonst.

Monat	1927	1928	1929
November	296 000	374 000	326 000
Dezember	648 000	692 000	593 000
Zusammen	944 000	1 066 000	919 000

Oberflächlich betrachtet, könnte daraus die Folgerung gezogen werden, daß die Arbeitslosigkeit am Jahresabschluss 1929 nicht über das saisonübliche Maß gestiegen sei. Ein erheblicher Teil der Saisonarbeiter im Baugewerbe und in der Baustoffindustrie wurde aber bereits im letzten Herbst sehr frühzeitig, im September und Oktober, entlassen. Unter den Arbeitslosen, die am Jahresabschluss entlassen wurden, befindet sich ein großer Teil, der in ausgesprochenen Konjunkturindustrien beschäftigt war. Das deutet auf einen weiteren Rückgang der Konjunktur hin. Nach der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik des DGB, stieg die Arbeitslosigkeit in der Konjunkturgruppe von 9,2 v. H. auf 12,8 v. H., während die gleichen Gruppen am Ende des Jahres 1927 auf 6,2 v. H. und 1928 auf 9,5 v. H. standen. Bei den reinen Konjunkturindustrien unseres Verbandes beobachten wir die gleiche Entwicklung:

Arbeitslos v. H. der Mitglieder	Ende		
	1926	1927	1929
Chemische Industrie	13,7	7,1	7,8
Papierergangsindustrie	8,8	3,7	4,8
Feinkeramische Industrie	13,4	5,1	6,6
Glasindustrie	17,2	8,3	9,1

Die Arbeitslosenzahlen in den Konjunkturindustrien unseres Verbandes am Schluß des Jahres 1929 deuten auf einen Tiefpunkt der Krise hin, der zeitlich bald erreicht sein dürfte. Mit 20,3 Arbeitslosen und über 10 v. H. Kurzarbeitern ist die Arbeitslosigkeit im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund am Jahresabschluss höher, als sie je seit 1924 an diesem Zeitpunkt gewesen ist. Wie weit sich der Rückgang der Konjunktur fortsetzen wird, hängt im wesentlichen von Entscheidungen in der Politik ab. Gelingt es in Deutschland, außenpolitisch die Reparationsverhandlungen mit einem tragbaren Ergebnis zu beenden, innenpolitisch die vom Reichsbankpräsidenten angeordnete Finanzdiktaur zu beenden, die Anleiheperiode für die öffentliche Hand zu durchbrechen, die gerade das Baugewerbe und die Baustoffindustrie am meisten trifft, dann wäre es wohl möglich, die Krise bald zu überwinden. Die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 7 auf 6 1/2 Prozent am 14. Januar ist ein erfreulicher Anfang zur Verbilligung des Kredits. Bei dem gegenwärtigen Stand der Reichsbank dürfte es möglich sein, in der Inzinsverbilligung noch einen Schritt weiterzugehen. Damit wäre ein Antrieb für eine günstigere Konjunkturentwicklung gegeben.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Industrien, die zum Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes gehören, stimmen mit der allgemeinen Entwicklung überein. Auch hier eine außerordentliche Steigerung, die weit über die des Vorjahres hinausgeht. Die Arbeitslosenzahl von 19,3 v. H. der Mitglieder wurde in der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes seit 1919 nur am Jahresabschluss 1923 in der Inflationskrise und in der Rationalisierungskrise des Winters 1926 am ehesten übertroffen. Mehr als der vierte Teil der Verbandmitglieder, in der grobkeramischen Industrie sogar fast 50 v. H., in der Spielwarenindustrie über 50 v. H., sind entweder arbeitslos oder arbeiten verkürzt.

Von unserer Arbeitslosenstatistik am Jahresabschluss wurden 457 718 Mitglieder erfasst, das sind zirka 97 Prozent der Mitgliedschaft. 37 Zahlstellen mit über 10 000 Mitgliedern fielen in der Berichterstattung aus. Die Verzeichnisse gingen entweder gar nicht oder verparteielt ein. Von den von der Statistik erfassten Mitgliedern waren insgesamt 88 671 oder 19,3 v. H. arbeitslos, und 31 845 oder 6,9 v. H. arbeiteten verkürzt. Das ist eine Steigerung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorwohle um 4 v. H. Anfang Dezember waren es 13,7 v. H. Arbeitslose und 6,2 v. H. Kurzarbeiter. Die Verhältniszahl für die vollarbeitenden Mitglieder des Verbandes für Ende Dezember 1929 betrug 78,3 v. H., hingegen in der gleichen Zeit des Vorjahres 91,2 v. H. Das ist eine Steigerung der Gesamtarbeitslosigkeit um 13,1 v. H. Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unserer Organisation gestaltet, geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

Fabrikarbeiter-Verband	Ende November 1929			Ende Dezember 1929		
	arbeitslos	verkürzt	insges.	arbeitslos	verkürzt	insges.
Insgesamt	14,0	12,2	13,7	19,8	17,8	19,3
In der Industriebranche:						
Chemie	8,8	12,3	9,6	11,6	14,3	12,3
Papier	7,2	8,2	7,4	8,3	8,8	8,4
Baugewerbe	6,7	11,8	7,9	11,8	27,0	19,2
Spielwaren, Keramik	16,6	13,1	14,6	27,1	21,6	24,0
Sonstige Industrien	20,8	15,7	19,4	27,7	16,4	24,7
Handwerker-Verband						
Insgesamt	30,2	13,0	18,8	28,8	18,1	26,8
a) Holzhandl.	10,6	8,4	9,8	15,2	11,2	13,7
b) Glas	11,3	8,4	10,9	15,4	13,1	15,1
c) Grobkeramik, Baugew.	28,3	24,0	27,8	40,7	33,5	39,9

arbeiteten verkürzt:

Fabrikarbeiter-Verband	Ende November 1929			Ende Dezember 1929		
	arbeitslos	verkürzt	insges.	arbeitslos	verkürzt	insges.
Insgesamt	5,4	8,9	6,2	6,0	9,9	6,9
In der Industriebranche:						
Chemie	6,6	14,0	8,3	6,8	17,5	8,5
Papier	4,6	9,5	5,6	5,3	11,6	6,7
Baugewerbe	3,7	1,8	3,2	1,0	0,2	1,6
Spielwaren, Keramik	16,2	13,5	14,7	30,3	22,9	26,5
Sonstige Industrien	6,9	8,5	7,3	4,3	10,1	5,8
Handwerker-Verband						
Insgesamt	4,9	5,9	5,1	6,0	7,6	6,3
a) Holzhandl.	8,7	5,9	7,6	9,9	8,5	9,4
b) Glas	2,9	7,1	3,4	2,9	1,6	2,7
c) Grobkeramik, Baugew.	4,7	5,1	4,7	4,8	10,4	6,7

In allen Industrien starke Erhöhung der Arbeitslosigkeit, in den Produktionsmittelindustrien sowohl als in den Konsumindustrien. In der Nahrungsmittelindustrie stieg infolge der Beendigung der Rübencampagne und der saisonüblichen Verschlechterung in der Margarine- und Süßwarenindustrie die Arbeitslosigkeit von 7,9 auf 19,2 v. H. Starke Verschlechterungen auch in der Porzellan- und Glasindustrie infolge Beendigung des Weihnachtsgeschäftes. In der grobkeramischen und Baustoffindustrie, die unter der Wirtschaftskrise und unter der Finanzkrise der öffentlichen Hand doppelt schwer leidet, sind die Arbeitslosenzahlen fast höher, als sie seit 1923 je gewesen sind.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit innerhalb des Verbandes haben die ungünstigsten Beschäftigungsmöglichkeiten die Provinz Ostpreußen mit 34,9 v. H. Arbeitslosen, dann folgt Pommern mit 30,2 v. H., Hannover mit 28,4 v. H. und Hessen und Sassen-Nassau mit 23,7 v. H. Hier sind es hauptsächlich die Baustoffindustrie, in Frankfurt und Hannover die chemische und Kautschukindustrie, welche die Arbeitslosenzahlen so außerordentlich anschwellen lassen. Den günstigsten Stand des Beschäftigungsgrades, aber doch verhältnismäßig ungünstig, weisen die Bezirke Württemberg mit 12,4 v. H., Rheinpfalz mit 13,8 v. H., Nordmark mit 14,2 v. H. Arbeitslosen auf. Die übrigen Bezirke bewegen sich in der Nähe der Durchschnittszahlen.

Soziales Eigentumsrecht gegen kapitalistisches Privateigentumsrecht.

Zum erstenmal seit dem Beginn der Geschichte fordert der Mensch sein Menschenrecht, sein ganzes Recht. Der Arbeiter, der Proletarier, der Nichtbesitzende, er fühlt sich als Persönlichkeit. Er verlangt alles, was ihm als Mensch gebührt: das Recht auf Leben, das Recht auf Arbeit, das Recht auf die allseitige Entwicklung seiner Fähigkeiten, auf die beständige Betätigung seines freien Willens und seiner Vernunft. Unter der doppelten Wirkung des demokratischen Lebens, das in ihm das Gefühl seiner Menschenwürde erweckt und gestärkt hat, und der Großindustrie, die den organisierten Proletariern das Bewußtsein ihrer Macht verlieh, wird der Arbeiter zu einer Persönlichkeit und will immer und überall als solche behandelt werden. Nun wohl, die Gesellschaft kann nur dann dem Proletarier das Recht auf Arbeit, das Recht auf Leben gewährleisten, erst dann ihn aus dem passiven Lohnsystem zur genossenschaftlichen Autonomie erheben, wenn sie selbst Hand an das bestehende Eigentumsystem legt. Das soziale Eigentumsrecht muß ins Leben gerufen werden, um das wahre Privateigentum zu garantieren, das Eigentumsrecht, das jedes menschliche Individuum an sich selbst hat und haben soll.

Jean Jaurès („Theorie und Praxis“).

Rundschau.

Mag Quarc t.

Im Alter von fast siebenzig Jahren ist Dr. Max Quarc nach längerem Leiden am 21. Januar 1930 gestorben.

Max Quarc wurde am 9. April 1860 in Rudolstadt geboren. Er studierte in Leipzig Rechtswissenschaften. Während seiner Referendarzeit wurde er im Jahre 1886 wegen Förderung der Arbeiterbewegung aus dem Staatsdienst entlassen. Er trat im Jahre 1887 in die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ ein. Sein Hauptarbeitsgebiet waren Sozialpolitik und Volkswirtschaft. Er gehört zu den Begründern der „Blätter für soziale Praxis“. Im Jahre 1893 schloß er sich der Sozialdemokratie an und wurde Chefredakteur der Frankfurter „Volksstimme“. Er hat an dieser Stelle 24 Jahre lang an der Spitze der Frankfurter Arbeiterbewegung unermüdlich gewirkt. Im Jahre 1912 wurde er in den Reichstag gewählt, nach der Revolution in die Nationalversammlung. Er ist der Verfasser zahlreicher sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher und geschichtlicher Schriften. Quarc war auch im Interesse der Arbeiterschaft der chemischen Industrie durch Wort und Schrift tätig. So ist er der Verfasser der im Jahre 1907 erschienenen Broschüre „Profit und Arbeit in der chemischen Großindustrie“. Dadurch hat er sich in unserer Organisation unvergeßlich gemacht.

Eine Ankaufsstelle des deutschen Exporthandels auf der Leipziger Messe.

Die führenden Verbände der deutschen Exporteure haben sich entschlossen, auf der am 2. März beginnenden Leipziger Frühjahrsmesse eine Ankaufsstelle zu errichten, die im Regalast „Handelshof“, Grunewaldstraße, Ecke Reichstraße, im dritten Obergeschoß, Zimmer 198, untergebracht ist. Diese Ankaufsstelle, deren Leiter Herr Dr. Wipfmann, Syndikus des Vereins Hamburger Exporteure, ist, steht allen Interessenten zur Verfügung. Sie wird sowohl die Ankaufsstelle, welche ihre Erzeugnisse im Ausland verkaufen wollen, als auch die ausländischen Einkäufer, welche sich für deutsche Produkte interessieren, benutzen. Sie ist in der Lage, an Hand einer umfangreichen Exportkartei jede gewünschte Ankaufsstelle zu erteilen und diejenigen Exporteure nachzufragen, die im einzelnen Falle als Spezialisten in Frage kommen. Daneben werden wiederum, wie bei früheren Messen, die einzelnen Exporteure an bestimmten Treffpunkten zu erreichen sein. Diese Treffpunkte sind sowohl bei der Ankaufsstelle im „Handelshof“ als auch im Mesadrehabuch zu erfahren.

Der gelbe Reich.

Die „Deutsche Werksgemeinschaft“ Nr. 4 vom 26. 1. 1930 bringt die Ausgaben unseres Verbandes für Zeitung, Agitation und Film im dritten Quartal 1929 und ist ganz erntend über diese „Ausgaben“. Ja, geschätzte „Werksgemeinschaft“, das sind lauter ehrlich zusammengetragene Beiträge ehrlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, um den Kampf gegen die Feinde der Arbeiterbewegung führen zu können. Du sollst in den kommenden Jahren noch mehr können und dich ärgern. Weist du denn immer noch nicht, weshalb es bei dir nicht so erglückt? Vielleicht ist gar deine Nachbarstadt schon...

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch verloren.

Der Kollege Hans Fejn in Röh bei Nürnberg, geboren am 19. Mai 1897 zu Wellerstadt, Mitglied der Zahlstelle Weidenburg, hat angeblich sein Mitgliedsbuch verloren. Desgleichen der Kollege Balduin Ulrich, geboren am 19. November 1901 in Gersheim, eingetretten am 5. März 1928 in Mühlh., Buchnummer 771 198. Sollten die Bücher mißbräuchlich zum Zwecke des Unterstufungsbezuges irgendwo vorgezeigt werden, so sind sie abzunehmen und an den Hauptvorstand einzuliefern. Die Inhaber eines der Bücher sind festzustellen.

Ausgeschliffen.

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a unseres Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Hannover: Stephan Tieme, Buch-Nr. 424 177; Otto Franke, Buch-Nr. 771 645. — Auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Hamburg: Robert Kubitz, Buch-Nr. S II 712 908; Stephan Rebaez, Buch-Nr. S II 777 192. — Das bisherige Mitglied der Zahlstelle Bremen: Rudolf Müller, Buch-Nr. 886 447. — Das bisherige Mitglied der Zahlstelle Götting: Martin Oldse, Buch-Nr. 862 122.

Literarisches.

Die Frau in der Kirche von heute. Von Klara Meyer-Lugan. (Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 41. 47 Seiten Umfang. Preis 40 Pf.) Die Verfasserin wendet sich in dieser Schrift an ihre proletarischen Schwestern, die gewillt sind, mitzuarbeiten am sozialen und kulturellen Aufstieg des Proletariats, alle, die ihren Kindern durch Wissen zur Macht verhelfen wollen, alle, die wünschen, daß wir aus diesen sozialen Zuständen von heute zu lichter Zukunft und besserem Menschentum gelangen. Die Reherbibel. Waffensammlung für den kämpfenden Freidenker. Von Hugo Efferoth. 5. Auflage 1929. 31.-35. Laufend. (Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 41. 352 Seiten Umfang. Holzfreies Papier. In Leinen 5 Mark.) Es kann nicht die Absicht des Verleges und nicht die des Verfassers sein, jemand, der sich noch nicht zu einer freien Weltanschauung durchgerungen hat, zur Lektüre dieses Buches zu veranlassen, um ihn „in seinen Gefühlen zu verletzen“. Wohl aber darf gesagt werden, daß das Buch gerade jenen Arbeitern, die abseits der Kirche und ihrer Weltanschauung ihren Weg gehen und als freie Menschen auch ihr Leben beschließen wollen, wertvolle Anregungen und Wissensergänzungen geben wird.

Statistik und graphische Darstellung. Ein Hilfsmittel für Arbeiter-Bildungskurse. Nach Beispielen aus der Gewerkschaftsbewegung. Bearbeitet von Otto Trefflich. (Verlag Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg, Breite Gasse 25/27. Preis 1,80 Mk.) Mit statistischen Beweismitteln arbeitet man heutzutage überall. Ganz unentbehrlich erscheinen solche auch im sozialistischen Befreiungskampfe. Statistisches Studium gehört daher zu den unentbehrlichsten Denktätigkeiten auch an jeder Arbeiterschule. Dem Betriebsrat, dem Funktionär in der Arbeiterbewegung werden selbst in der kleinsten Ortsgruppe mannigfache statistische Aufgaben zugewiesen. Schon das macht statistische Schulungsarbeit erforderlich. An einem populären Unterrichtsmittel auf statistischem Gebiet, auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft zugeschnitten, zum mindesten ein Statistiker richtig lesen und verstehen zu lernen, hat es bisher gefehlt. Deshalb ist die Herausgabe dieses Schriftchens zu begrüßen, welches auf systematische Erläuterung des statistischen Arbeitsverfahrens besonders zugeschnitten ist. Insbesondere dürfte es ein gutes Hilfsmittel für jeden Teilnehmer an Arbeiterkursen sein. Beispiele aus der Praxis der Arbeiterbewegung, in die einzelnen Abschnitte eingeflochten, sind ein besonderer Vorzug der Abhandlung. Von großer Sorgfalt zeugt auch der mit einer Reihe von Zeichnungen angelegte Abschnitt über die graphische Darstellung. Das Schlusskapitel lehrt darüber, was bei dem Aufbau einer eigenen Statistik zu beachten ist. — Aus dem Inhalt der Schrift seien hier folgende Abschnitte genannt: Vom Wesen der Statistik — Die statistischen Reihen — Gliederungszahlen — Beziehungszahlen — Inziffern — Der Reallohnindex — Die einfache Durchschnittsberechnung — Der gemogene Durchschnitt — Der Zentralwert — Gruppenbildung — Die graphische Darstellung — Das Arbeitsverfahren in der Statistik — Statistik und Arbeiterklasse — Zahlenanhang.

Von Menschenfreßern gefangen. Als neuester Band der „Alten Reisen und Abenteuer“ ist das berühmte „Menschenfreßerbuch“ der alten Frankfurter Messen erschienen, das früher folgenden langatmigen und ergötlichen Titel führte: „Die wahrhaftige Historie und Beschreibung einer Landschaft der wilden nacketen grimigen Menschenfreßerleuten, in der Neuen Welt Amerika gelegen“. Das Buch heißt jetzt kurz: Hans Staden, „Ein deutscher Landsknecht in der Neuen Welt“. Der Verfasser, der Büchsenmacher Hans Staden von Homburg in Hessen, hat an der Erschließung Südamerikas wichtigen Anteil, da seine Berichte die Kenntnis von den damaligen Zuständen im neuen Kontinent verbreiteten. Der Bearbeiter, Professor Dr. Lehmann-Rillke, hat es vorzüglich verstanden, die vielen gefährvollen Abenteuer und wunderbaren Erlebnisse des tapferen Kriegers in unsere heutige Sprache zu übertragen, ohne dem altertümlichen und der prächtigen Ursprünglichkeit dieses erzähl- und volkshandlichen Zeugnisses etwas von seinem Reiz zu nehmen. Das Werkchen kostet mit seinen vielen Bildern wie alle „Alten Reisen und Abenteuer“ in Halbleinen 2,80 Mk. bernard.

„Landarbeiter-Archiv“. Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband. Schriftleiter: Walter Kwasznik. Verlag: Eckehaus, G. m. b. H., Berlin SW 48. Einzelhefte 2 Mk., Bezugspreis für ein Jahr (6 Hefte) 10 Mk.

Ernst Abbe, der Arbeiterfreund. Von Karl Semmler. 32 Seiten mit einem Bildnis Abbes. Preis 1 Mk. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Aus Anlaß des fünfunds-zwanzigsten Todesjahres des Gelehrten, Sozialpolitikers und Großindustriellen Ernst Abbe bietet der Verfasser ein Lebens- und Charakterbild dieses seltenen Menschen, der sich selbst enteignete, seine Betriebe bereits 1889 sozialisierte und bereits 1900 den Achttundentag einführte. In dem jetzigen Ansturm der Großindustrie gegen die bestehende Sozialpolitik hat die Broschüre auch erheblichen agitatorischen Wert. Ist sie doch ein schlagender Beweis gegen die Unternehmerbehauptung, daß wegen der Sozialbelastung der Weltwettbewerb nicht erfolgreich zu führen sei. Denn trotzdem, daß der Zeit-Stiftungs-Betrieb seit einem Menschenalter sich freiwillig mit erheblich höheren sozialen Lasten belastet, als die offizielle Sozialpolitik vorzieht und seit 30 Jahren den Achttundentag eingeführt hat (seit 45-Stunden-Woche), haben die Betriebe doch Geltung in der Welt errungen. Allerdings sind die Zeitbetriebe dank dem Stiftungsstatut Abbes auch in der glücklichen Lage, keine Mammngelalter an Direktoren oder Aufsichtsräte zahlen zu brauchen. Unvidendenschließende Aufsichtsräte kennen die Betriebe nicht und selbst die ersten Mitglieder der obersten Geschäftsleitung beziehen zwar immerhin anständige Gehälter, von denen sich leben läßt, aber doch kann nach dem Stiftungsstatut Abbes das höchste Direktorengelalt nur bis höchstens das Sechsfache des Einkommens eines Facharbeiters betragen. — Der Schrift ist eine große Verbreitung in Gewerkschaftskreisen zu wünschen.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung: Kurt Heiniß und Dr. Fr. Hertel, Berlin. Dezemberheft 1929. Monatlich ein Heft. Vierteljahrsabonnement 2 Mk. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Der „W.-I.-Dienst“ bringt ständig Übersichten über unser Wirtschaftsleben. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Von den Aktienkursen. — Was gibt der deutsche Arbeiter für seine Ernährung aus? — Herr Schacht, der Reichsverband der deutschen Industrie und die Geschäftsgewinne. — „W.-I.-Dienst“-Rundschau. — Verzeichnis der Betriebsräte in den Stahlbetrieben. Der „W.-I.-Dienst“ ist ein hochinteressantes und sehr lebendes Wirtschaftsmittel.

Chemische Industrie

Dividendenaussichten im Linoleumtrust.

Die Zahl der Aktien, die an den deutschen Börsen notiert werden, ist nicht gering. Sehr viele dieser netten Papierchen, die ihren Besitzern aus der Kraft von Tausenden von Arbeitern mühselos Gewinne einbringen, erfreuen sich großer Beliebtheit. Eine Anzahl dieser Papiere steht so hoch im Ansehen, daß förmliche Kämpfe darum geführt werden. Es sind dies Papiere einiger lukrativer Unternehmen, die märchenhafte Gewinne an die Besitzer dieser Papiere zur Auszahlung bringen. Zu diesen auserlesenen Aktien gehören auch die des internationalen Linoleumtrustes. Plötzlich aber scheint eine böse Krankheit die Papiere befallen zu haben. Ihr Kurs fällt und fällt, ohne daß man bestimmte Gründe dafür angeben könnte. Börsenstimmung sagen die einen, Schiebung, Mache die anderen. Fest steht, daß auch die Aktien des Linoleumtrustes durch solche Börsengerüchte bedroht waren. Vor allem haben Gerüchte über verschlechterte Dividendenaussichten des Trustes manchem Aktionär schlaflose Nächte bereitet. Schlechtes Arbeiten einzelner Konzerngesellschaften, ein neuer Konkurrenzkampf mit der englischen Linoleumindustrie sollten maßgebend für diese Gerüchte sein.

Der Linoleumtrust widerspricht dem, was zunächst allerdings für uns sehr wenig besagt. Erst in den letzten Tagen sind wir durch das Verhalten der Lindström-W.G. über den Wert solcher Veröffentlichungen wieder einmal belehrt worden. Die Entwicklung der Trustfabriken, auch der im letzten Jahre neu hinzugekommenen holländischen Krommie und der französischen Saarlino-Reims, soll durchaus den Erwartungen entsprechen; der Geschäftsgang soll befriedigend sein. Wichtig ist die Feststellung, daß die Umsätze und Gewinne des Trustes im Vergleich zu 1928 eine weitere Steigerung zu verzeichnen haben.

Aller Voraussicht nach wird auch für das Jahr 1929 wieder mit einer 15prozentigen Dividende gerechnet werden können. Eine Dividende, die in Anbetracht der von der Industrie geschilderten Notlage als sehr gutes Ergebnis zu bezeichnen ist. Ob eine Dividendenerhöhung vorgenommen wird, läßt sich, um mit der Geschäftsleitung zu reden, noch nicht sagen. Doch wird vielsagend bereits bedeutet, daß eine Erhöhung jedenfalls nicht ausgeschlossen ist. Also man kann, mit anderen Worten gesagt, wenn man will; ob man allerdings will, das hängt noch von den Erwägungen der Geschäftsleitung ab.

Welche Erwägungen dabei in Frage kommen können, beweist das folgende: Die Trustverwaltung neigt grundsätzlich zu einer sogenannten stabilen Dividende, deren Wert sie immer betont habe.

Eine solche Dividende, stets gleichbleibend, schafft zum ersten Vertrauen der Aktionäre zum Unternehmen, zum zweiten sind allzu hohe Dividendenausschüttungen in Anbetracht der öffentlichen Meinung nicht beliebt; denn es ist doch immerhin etwas schwierig, hohe Dividenden zur Ausschüttung zu bringen und gleichzeitig die Notlage der Industrie zu begründen. Außerdem macht so etwas keinen guten Eindruck auf die Arbeiterschaft der Unternehmungen. Deshalb hat man sich rechtzeitig schon ein Hintertürchen gesichert, indem man erklärt, daß in Hinsicht auf die stabile Dividende man bereits bisher den lieben Aktionären aus den sogenannten gewachsenen Gewinnen und inneren Reserven günstige Bezugsrechte zugutekommen ließ. Man gesteht also damit offen ein, daß die Aktionäre nicht nur offiziell, sondern auch insgeheim in überaus liebevoller Weise durch den Trust bedacht worden sind. Bei einer solchen Berücksichtigung der Aktionäre ist es kein Wunder, wenn der Trust zu den intensivsten Ausbeutungsmitteln (siehe Bedarfsystem) gegenüber den Arbeitern greifen muß.

Verächtlich wird gesagt, daß ein neues Bezugsrecht für die Aktionäre zunächst wohl nicht zu erwarten ist (leider), weil die Börse in der letzten Zeit auch gegenüber günstigen Neuemissionen (Neuausgabe von Wertpapieren) stets mit Kursabschlägen geantwortet habe.

Trotzdem gedenkt man nicht, den noleidenden Aktionären die Butter vom Brot zu nehmen; sie brauchen sich nicht zu beunruhigen, denn die Firma sagt weiterhin: „Möglich ist es daher aus diesem Grunde, daß die Trustverwaltung sich zu einer Änderung ihrer Ausschüttungspolitik entschließt.“

Nach all dem ist zu erwarten, daß auch das Geschäftsjahr 1929 für die Aktionäre des Linoleumtrustes ein festes und ertragsreiches Jahr wird. Für die Arbeiterschaft der Linoleumindustrie hat es den gleichen Segen nicht gebracht; sie mußte im Kampfe durch die Organisation schwer um ihren Lohnanteil ringen und ist außerdem durch neue Arbeitsmethoden zur stärkeren Ausbeutung herangezogen worden.

K. Segerer.

Wahrheit oder — ?

Die Unternehmer aller Branchen haben in letzter Zeit in der Öffentlichkeit ein allgemeines Klageged über schlechte Zeiten angestimmt. In den Jahresberichten der Aktiengesellschaften kann trotz größter Nähe der Direktionen der wirkliche Sachverhalt nicht verschleiert werden, denn auf der ganzen Linie ist die Produktion und der Umsatz gesteigert, und die Geschäftsgewinne konnten erhöht werden.

In der „Gummi-Zeitung“ vom 3. Januar wird die Bilanz des Jahres 1929 gezogen und durch fette Überschriften versucht, die Leser zu beeinflussen, als ob die Wirtschaftslage in der Gummiindustrie im Jahre 1929 nicht gut gewesen wäre. Das ist auch die Tendenz des Artikels. Wie sehr die Berichtserfasser bemüht sind, geht aus folgenden Sätzen in diesem auf Klagen abgestellten Artikel hervor. Die erste Auslassung ist überschrieben:

„Scharfer Konkurrenzkampf in technischen Gummwaren“

und beginnt mit folgenden Sätzen: „Trotz des späteren Saisonbeginns infolge der außergewöhnlichen Kälte kann das Geschäft in technischen Gummwaren bis tief in die Herbstmonate im allgemeinen als ziemlich befriedigend bezeichnet werden, soweit es die mengenmäßige Erzeugung betrifft. Besonders in einigen größeren Waren, deren Werte als nennenswert anzusehen sind, konnte eine Steigerung des Umsatzes erzielt werden.“

Im weiteren Verlauf heißt es dann, daß dem Exportgeschäft nach wie vor große Aufmerksamkeit geschenkt wurde und ein weiterer Schritt vorwärts unverkennbar ist, während an anderer Stelle gesagt wird, daß die Preise der Rohmaterialien während des Jahres nicht zu großen Schwankungen unterworfen waren, wodurch eine Kalkulation auf längere Sicht ermöglicht wurde und größere Preisänderungen für die Fertigprodukte nicht nötig waren.

Es kommen dann die zum Überdruß bekannten Klagen über hohe Gehälter und Arbeitslöhne und soziale Lasten. Als Schlimmstes erscheint aber für die Unternehmer, daß die durch diese Lasten gestiegenen Selbstkostenpreise der Waren nicht vollständig auf die Verkaufspreise abgewälzt werden konnten.

In einer zweiten Auslassung über die Verhältnisse in der chirurgischen Gummwarenindustrie wird gesagt, daß in dieser Branche der Geschäftsgang nicht einheitlich war, und daß es lediglich der Leitung der Fabriken zuzuschreiben ist, ob sie mit Erfolg gearbeitet haben oder nicht. Im allgemeinen betrachtet muß darauf hingewiesen werden, daß die Produktion größer ist als der Bedarf. Wenn die Produzenten in kluger Weise zusammenhalten würden, hätten sie im Auslande höhere Preise erzielen können, was durch die sinnlose deutsche Konkurrenz verhindert wurde. Auch diese Bemerkungen zeigen, daß die Geschäftsleitung nicht ungünstig war, aber mangelnde Eignung der Unternehmer den Erfolg zum Teil vereitelt hat.

Die „Farben-Zeitung“ nimmt zu denselben Fragen in einem Rückblick und Ausblick Stellung. Bezüglich der Buntfarbenindustrie heißt es, daß die abnormen Witterungsverhältnisse in den ersten Monaten des Jahres sehr ungünstig auf die Umsätze der Werke eingewirkt haben. Erfreulicherweise haben sich aber die Verhältnisse im Laufe des Jahres soweit gebessert, daß es den meisten Firmen gelungen ist, die durch den Ausfall des Frühjahrsgeschäftes erlittenen Einbußen wieder aufzuholen, so daß das Jahr nicht so schlecht geworden ist, wie es den Anschein hatte.

Über die Lackindustrie wird berichtet, daß dem glänzenden Aufstieg der gesamten deutschen Industrie, auch der Lackbranche, im zweiten Jahrzehnt der Weltkrieg mit seinem fürchterlichen Ende, im dritten Jahrzehnt die Inflation ein Ziel setzte, und daß alsdann durch neue, ernste und zielbewusste Aufbauarbeit ein langsamer, aber stetiger Wiederaufstieg zu verzeichnen ist.

Von der Lithoponeindustrie wird gesagt, daß das Jahr 1929 den Pessimisten mehr, den Optimisten aber weniger gebracht hat, als erwartet wurde, und ferner wird gesagt, daß das vergangene Jahr mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, was eine straff organisierte Industrie, wie es die Lithoponeindustrie ist, zu leisten vermag. Das neue Jahr wird zwar ein schweres werden, die Unternehmer sollten sich aber Rechenschaft darüber ablegen, wie weit sie selbst schuld daran sind, daß es nicht besser gewesen ist und besser wird. Nicht auf die Hilfe des Staates und der Obrigkeit soll man warten, sondern sich selbst helfen. Diese Auslassungen leben nicht nach schlechtem Geschäftsgang aus.

Aus den Tageszeitungen wird auch der Bericht der J. P. Bemberg W.G. bekannt. Die Kunstfaserindustrie hat das Klagen außerordentlich gut gelernt; Bemberg macht davon keine Ausnahme. Wir veröffentlichen aus dem Bericht folgende Zeilen zur kritischen Betrachtung. Es heißt:

„Das abgelaufene Geschäftsjahr war weniger befriedigend als das Vorjahr. Die Ausfälle im Inlandgeschäft konnten durch Heranziehung neuer Artikel und durch den Export voll ausgeglichen werden, so daß der Gesamtumsatz auf 53,5 gegen 51,5 Millionen Reichsmark gesteigert werden konnte. Der Ausbau des Werkes Oede zu einem mit den modernsten Einrichtungen ausgestatteten Werk ist vollendet. Die Bauarbeiten bei dem Werk Siegburg, das sich im wesentlichen mit der Herstellung von Spezialartikeln befassen wird, werden programmäßig weitergeführt. Das Werk Augsburg ist gut beschäftigt.“

Solche Angaben werden nach den allgemeinen Klagegeden in den Geschäftsberichten von der Öffentlichkeit viel zu wenig beachtet, sonst müßten die Unkenrufe über schlechten Geschäftsgang, trotz überall gesteigerter Produktion und gesteigertem Absatz, viel scharfer zurückgewiesen werden. G. Haupt.

Neue biegsame Grammophonplatten.

Der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 12. Januar entnehmen wir, daß die J.-G. Farbenindustrie eine neue Masse für biegsame Grammophonplatten herstellt. Die Masse geht von Zellulose aus. Die Platten sollen nur 1/4 Millimeter dick werden und können ebenso wie die jetzt im Gebrauch befindlichen spröden Schellackplatten auf beiden Seiten bespielt werden. Sie nennen sich Phonycord Flexible und sollen nicht nur biegsam, sondern auch unzerbrechlich sein.

Nach den Angaben der „Bergwerks-Zeitung“ beanspruchen sechs bis sieben der neuen Platten das gleiche Gewicht und den gleichen Raum, wie eine alte Schellackplatte. Als Zelluloseprodukt sind die Platten nicht feuergefährlich, gegen Sonnenstrahlen unempfindlich, wasserfest und durchsichtig. Die Strapazierfähigkeit der Platte ist außerordentlich groß, die Klangwirkung läßt auch bei starkem Gebrauch nicht nach. Infolge ihrer Elastizität kann die Platte beliebig oft mit derselben Nadel bespielt werden. Es wird sogar verlangt, daß die Nadel recht oft benutzt wird, weil die Masse sich für die spitze Nadel dauernd nicht eignet. Bei der Prüfung der neuen

Platte sind einige Rillen mittels eines Wiederholers mit der gleichen Nadel 200mal hintereinander bespielt worden. Die Prüfer würden darauf aufmerksam gemacht, konnten aber beim späteren Abspielen der Platte mit dem Gehör ebenfalls die bereits 200mal bespielte Stelle feststellen, wie wenig die die Bespielung selbst vorgenommen hatte.

Die durch diese neue Erfindung erwartete Verbilligung der Schallplatte tritt nach Angabe der „Bergwerks-Zeitung“ aber nicht ein, denn die J.-G. Farbenindustrie stellt nur die Masse her und überläßt die Herstellung der Platten den bisherigen Schallplattenfabriken, die selbstverständlich kein Interesse daran haben, sich selbst Konkurrenz zu machen.

Die Herstellung der neuen Platten erfordert von den Schallplattenfabriken keine neuen Einrichtungen, denn die neue Masse läßt sich mit denselben Stampeln wie bisher verarbeiten. Trotzdem nach Ansicht der „Bergwerks-Zeitung“ die Herstellungskosten der neuen Platten geringer sind als diejenigen der alten Schellackplatten, müssen die Verbraucher die unberechtigt hohen Preise auch in Zukunft zahlen.

Beim Durchlesen des Berichts fällt uns eine Notiz aus dem „Vorwärts“ vom 23. März 1922 ein, die überschrieben war: „Vernunft wird Unsinn“. In der Notiz war gesagt, daß in einer Zellulosefabrik aus sogenanntem „Kunststoff“, also aus Zellulose, Schallplatten hergestellt worden sind, die nach 400maliger Bespielung in der Klangwirkung noch nicht nachgelassen hatten, und die ebenfalls unzerbrechlich waren. Die betreffende Fabrik konnte aber die Platte nicht herstellen, weil sie keinen Absatz finden konnte. Durch Vereinbarung mit den Schallplattenfabriken war verboten, die Platten direkt an die Verbraucher abzugeben, die Großhändler und Agenten nahmen sie aber nicht ab, weil sie kein Interesse am Vertrieb einer Ware haben, die sich nicht abnußt, also nur einmal verkäuflich ist. Da eine Krähe der anderen bekanntlich die Augen nicht aushackt, beteiligten sich die Grundstoffe Hersteller und die Verarbeiter, die Platten herstellenden Firmen gemeinschaftlich am Rebhach. Dem Verbraucher dürfen die Vorteile neuer Erfindungen nicht zugute kommen. Das ist der kapitalistischen Weisheit letzter Schluss! G. Haupt.

Continental-Gummi verdient gut.

Nach einem Bericht der „Deutschen Bergwerkszeitung“ haben sich die Umsätze der Gesellschaft im Jahre 1929 weiter erhöht und sollen an 200 Millionen Mark heranrücken, während sie im Vorjahre 150 Millionen Mark betragen haben. Im Vorjahre konnte die Continental auf ein Aktienkapital von 34 Millionen Mark 7 Prozent Dividende verteilen. Durch die Angliederungen von Peters Union, Titan usw. ist aber das Kapital nur um 6 Millionen auf 40 Millionen Mark gestiegen, so daß sich 1929 das Verhältnis von Kapital und Umsatz günstiger stellt als 1928. Verluste bei Vorräten durch Preisschwankungen der Rohstoffe sind nicht eingetreten. Die Dividendenaussichten können in Bestätigung früherer Informationen der „Bergwerkszeitung“ weiter günstig beurteilt werden. Eine Dividendenerhöhung gilt als durchaus möglich und wird sogar bis zu 10 Prozent geschätzt. Ob die Gesellschaft jedoch eine Dividendenerhöhung eintreten läßt, auch wenn die finanzielle Lage dies gestattet, ist noch nicht sicher. Die Absahausichten für 1930 sollen noch nicht zu übersehen sein, so daß die Entwicklung der nächsten Monate erst abgewartet werden muß, ehe mit Sicherheit von einer Dividendenerhöhung gesprochen werden kann.

Das ist das allgemein übliche Bild der industriellen Verichterstattung. Der Umsatz hat sich gesteigert, die Einnahmen sind erheblich gestiegen, aber das Geschäft muß sehr, sehr vorsichtig beurteilt werden. Man hat in den letzten Jahren ein gut funktionierendes Abflusssystem für überschüssige Geldmittel geschaffen, indem man sie in Tochtergesellschaften des Auslandes anlegte oder in anderer Form im Ausland verwendete. Die wirkliche Lage der deutschen Industrie wird sich erst dann übersehen lassen, wenn es gelingt, die ins Ausland abgeflossenen Beträge zu erfassen. Ob sich dazu gesetzgeberische Möglichkeiten bieten oder die Reichsregierung überhaupt gewillt ist, solchen Überblick zu schaffen, entzieht sich jedoch unserer Kenntnis. Solange solche Feststellungen aber nicht vorliegen, wird die deutsche Industrie nach wie vor über schlechte Geschäfte jammern, trotzdem Umsatz und Einnahme dauernd steigen. G. Haupt.

Papier-Industrie

10 Jahre kollektive Arbeitsverträge in der Papierindustrie

Dem militärischen Zusammenbrüche im Jahre 1918 folgte naturgemäß die Revolution. Während die Scharfmacher aller Schattierungen, die heute wieder so lebendigen Heimkrieger und Maulhelden sich aus Furcht vor den Auswirkungen der Revolution hinter den Ofen verkrochen und auf einmal mäusehinstill geworden waren, erwachte die deutsche Arbeiterklasse aus dem Banne der Militär- und Zivilgewalten und strömte in Massen den Arbeiterorganisationen zu. Damit war aber auch für die Gewerkschaften der Weg frei geworden zum Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen.

Der Gesamtarbeitsvertrag in der Papiererzeugung.

Bereits am 18. Dezember 1918 trafen in Berlin auf Einladung des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie die Fabrikarbeiterverbände unter der Führung unserer Organisation zusammen, um eine Vereinbarung zu treffen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der deutschen Papiererzeugungsindustrie. Der Arbeiterschaft wurde die volle Koalitionsfreiheit gewährt. Vereinbart wurde, daß jede Forderung und Unterstützung der gelben Werkvereine durch Unternehmer, Betriebsleiter, Meister und andere Vorgesetzte der Arbeiter zu unterbleiben hat. In die Vereinbarungen einbezogen wurden Bestimmungen über die Beschäftigung der Arbeiterschaft im allgemeinen, über die Einstellung und Beschäftigung von Kriegsteilnehmern im besonderen. Bestimmungen über die Schaffung von Arbeiterausschüssen wurden festgelegt, die

Einstellung der achtfündigen Arbeitsdicht und die Bezahlung von Überstunden beschlossen. Zum Schluß wurde eine Kommission zur Ausarbeitung eines Reichstarifvertrages bestimmt.

Am 4. Juni 1919 wurde infolge dieser Vorberatungen der erste Reichstarifvertrag unter dem Namen: Gesamtarbeitsvertrag für die Deutsche Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie unterzeichnet. Diesem Rahmenvertrage folgte dann hintereinander oder auch nebeneinander der Abschluß von 15 Bezirkslohnverträgen.

Der Reichstarifvertrag für die Tapetenindustrie.

Die ersten Ansätze zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gingen von dem damals selbständigen Verband der Deutschen Tapeten- und Wachsdruckdrucker aus, der seinen Sitz in Berlin hatte und sich später mit unserer Organisation verschmolz. Zunächst war nur der Gedanke vorhanden, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse in der Berliner Tapeten-Industrie zu regeln. Die Verhandlungen dazu sollten bereits im März 1919 stattfinden, scheiterten aber an den damals in Berlin herrschenden politischen Unruhen. Die Ende April 1919 in Berlin gepflogenen Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Erst am 4. Juni 1919, nachdem der Verband der Tapeten- und Wachsdruckdrucker mit unserer Organisation verschmolzen war, gelang es, auf zentraler Grundlage mit dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen einen Tarifvertrag für die deutsche Tapetenindustrie zu schaffen, der sämtliche Betriebe und Tapetendruck-Orte des Deutschen Reiches umfaßte. Neben dem Manteltarifvertrag wurde ein Reichslohnvertragsvertrag geschaffen, der Mindestlöhne und vier Ortsklassen vorsah. Die Wahl der Ortsklassen wurde den Arbeitern in den Betrieben überlassen, die sich über die Zugehörigkeit zu einer der vier Ortsklassen mit ihren Betriebsinhabern zu verständigen hatten.

Der Gesamtarbeitsvertrag für die Bunt-, Chromo- und Metallblattpapierindustrie.

Unsere bereits Ende des Jahres 1918 begonnenen und in der ersten Hälfte des Jahres 1919 weitergeführten Verhandlungen führten am 23. Juli 1919 in Eisenach zum Abschluß eines Reichstarifvertrages für die deutsche Bunt-, Chromo- und Metallblattpapierindustrie. Tarifträger waren auf Arbeitgeberseite der Verband Deutscher Bunt- und Chromopapierfabrikanten und auf Arbeitnehmerseite die drei Fabrikarbeiterverbände. Der Mantelvertrag behandelte die Beziehung Gesamtarbeitsvertrag für die deutsche Bunt-, Chromo- und Metallblattpapierindustrie und gliederte sich in fünf Lohnklassen die gesamten Betriebe dieser Industrie innerhalb des Deutschen Reiches eingliederte.

Der Reichstarifvertrag für die Papierhüllenindustrie.

Unsere im Jahre 1919 begonnenen Verhandlungen zur Errichtung eines Reichstarifvertrages für die deutsche Papierhüllenindustrie führten erst am 31. Januar 1920 zum Erfolg. Tarifträger war auf Arbeitgeberseite der Verband Deutscher Papierhüllenfabriken in Leipzig und auf Arbeitnehmerseite der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. In diesem Reichstarifvertrag wurden die Arbeitsverhältnisse, wie Arbeitszeit, Urlaub, Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit, Entlohnungsperioden usw., geregelt. Daneben wurden bezirkliche Lohnabkommen für Rheinland, Württemberg, Sachsen, Bayern und Hannover geschaffen.

Der Reichstarifvertrag für die Wellpappenindustrie.

Auch in der Wellpappenindustrie führten unsere im Jahre 1919 eingeleiteten Bemühungen zum Abschluß eines Reichstarifvertrages erst am 13. Februar 1920 zum Ziele. Vertragsträger war auf Arbeitgeberseite der Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen und auf Arbeitnehmerseite der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands sowie der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter. Während im Manteltarifvertrag die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen geregelt wurden, erfolgte die Regelung der Löhne durch einen besonderen Reichslohnvertragsvertrag, der die im Deutschen Reich vorhandenen Wellpappenfabriken in 4 Ortsklassen einteilte.

Der heutige Tarifvertragsbestand.

Bei einem Rückblick über die Entwicklung der Tarifverträge ist es nicht ergänzung, unangenehmen Tatsachen und Erscheinungen in der Tarifvertragspolitik anzudeuten. Diese müssen vielmehr festgestellt werden.

Ostpreussische Papier- und Zellstoffindustrie.

Die ehemalige Bezirksgruppe des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie in Ostpreußen hatte seit ihrem Bestehen schon immer Neigung zu tarifpolitischer Sonderbündelung. Als die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 vom Reichsarbeitsminister in Kraft gesetzt wurde, war es wiederum zuerst der ostpreussische Arbeitgeberverband für Handel und Gewerbe, der gleichzeitig die Bezirksgewerkschaft Ostpreußen des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie bildete, der unter der Führung seines damaligen Vorsitzes Dr. E. Schreiber von der Arbeiterseite der ostpreussischen Papier- und Zellstoffindustrie die Einführung des Zweischichtensystems und der wöchentlichen achtfündigen Arbeitszeit der Tagelöhner verlangte und von der Einführung dieser Arbeitszeit eine Regelung des Bezirkslohnvertrages abhängig machte. Dieses Verlangen wurde erfüllt, trotzdem der Gesamtarbeitsvertrag die Arbeitszeit regelte und auch, selbst von der Arbeitszeitverordnung unberührt, in Kraft war. Die ostpreussische Zellstoff- und Holzstoffindustrie sah sich deshalb gezwungen, in einen Abwehrkampf zu treten, der mehrere Monate andauerte.

Anschließend vermittelte der Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie des Vorjahres seiner Bezirksgruppe in Ostpreußen nicht zu billigen, weshalb diese im Januar 1924 ihren Austritt aus dem Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie verkündete und vollständig in den Ostpreussischen Arbeitgeberverband für Handel und Gewerbe überging. Dieses schrittweise Verschmelzen der ostpreussischen Gruppe ist auch für die Einstellung der im Arbeit-

geberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie herrschende Arbeitgeberdisziplin bezeichnend. Wohl ohne Ausnahme haben die Arbeitgeberverbände als eingeschriebene Vereine Kündigungsfristen für ihre Mitglieder festgesetzt, die gewöhnlich 1 Jahr betragen. Ähnlich dürfte es auch im Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie sein, trotzdem aber ließ dieser seine ostpreussische Gruppe ohne jede Kündigungsfrist absplitteln und trug damit dazu bei, daß der für das ganze Reich geltende Tarifvertrag von Ostpreußen aus gelockert ist.

Derselben wirtschaftlichen Sonderbündelung huldigten aber auch die Vertreter der staatlichen Schlichtungsinstanzen in Ostpreußen. Trotzdem am 18. Februar 1924 für die gesamte deutsche Papiererzeugungsindustrie durch eine Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums ein Schiedspruch gefällt war, trat drei Tage später, am 21. Februar 1924, auf Antrag des Ostpreussischen Arbeitgeberverbandes für Handel und Gewerbe in Königsberg unter dem Vorsitzenden des staatlichen Schlichtungsausschusses, Gewerberat Herdegen, ein Schlichtungsausschuß zusammen, der nicht nur für die ostpreussische Zellstoffindustrie, sondern auch für die Königsberger Sägemerksindustrie und den Holzhandel, die Bürsten- und Pinselindustrie, die Metallindustrie und das Metallgewerbe, die Brauindustrie, die Brennerie und die Likörindustrie, die chemische Industrie, die Ziegelindustrie, die Süßwarenindustrie, den Groß- und Kleinhandel, den Herings-Großhandel, den Baumaterialien- und Eisenhandel, das Fuhrwesen und die Spedition, die Reedereien und Schiffsmotorenfirmen, für die Kraftverkehrs-Gesellschaft, für das Getreide Königsberg, für die Ostpreussische Dampfwäscherei und für einen Teil anderer Einzelunternehmen einen gemeinsamen Schiedspruch fällte, der für die im Einschichtensystem beschäftigten Unternehmen die 56stündige Arbeitswoche und für die kontinuierlichen Betriebe das Zweischichtensystem vorsah. Der Schiedspruch umfaßte also fast die gesamten ostpreussischen Industrie- und Handelsbetriebe. Das Tollste aber ist, daß in diesem Schiedspruch der Syndikus des Ostpreussischen Arbeitgeberverbandes nebst einem Fabrikdirektor als Arbeitgeberbeisitzer saß. Als Arbeitnehmerbeisitzer fungierte neben einem Gewerkschaftsangehörigen ein Schlosser. Da sowohl in wirtschaftlicher wie auch in technischer Beziehung die Verhältnisse der einzelnen Industriezweige und Firmen grundverschieden liegen, muß zugegeben werden, daß die Beisitzer dieses Schlichtungsausschusses sich nicht nur selber allerhand Wirtschaftskennntnisse, sondern auch Betriebskennntnisse zugemutet haben. Dabei muß hervorgehoben werden, daß sowohl dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses wie auch dem als Beisitzer mitwirkenden Arbeitgeber-Syndikus Dr. Schreiber bekannt war, daß bereits am 18. Februar durch die Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums ein Schiedspruch gefällt war, der die Papiererzeugungsindustrie des ganzen Reiches erfaßte. Man muß also schon feststellen, daß der Schlichtungsausschuß für die einheitlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches kein Verständnis hatte und, gelinde gesagt, sehr leichtfertig handelte. Natürlich wurde trotz allem Protest dieser vom Königsberger Schlichtungsausschuß gestellte Schiedspruch auch vom Schlichter für Ostpreußen für allgemeinverbindlich erklärt. Eine Beschwerde beim Reichsarbeitsministerium, die am 8. März 1924 eingereicht wurde, wurde endlich am 3. November 1924 vom Ministerialdirektor Dr. Söhler dahingehend beantwortet, daß die Aufhebung der durch den Schlichter für Ostpreußen, Gewerbe- und Regierungsrat Lohmann in Gumbinnen, ausgesprochenen Verbindlichkeitserklärung nach dem Gesetz nicht zulässig sei.

Aber auch sonst befanden sich anscheinend damals ein oder mehrere Beamte des Reichsarbeitsministeriums in einer Art Hörigkeitsverhältnis zum Ostpreussischen Arbeitgeberverband für Handel und Gewerbe. Wir waren gezwungen, durch Schreiben vom 12. Juni 1925 dem Reichsarbeitsminister u. a. auch folgendes mitzuteilen:

Besonders bezeichnend ist bei diesem Entsch. noch das Verhalten der Reichsarbeitsverwaltung gegenüber den Gewerkschaften. Am 26. Mai konnte der Syndikus des Ostpreussischen Arbeitgeberverbandes, Herr Dr. Schreiber in Königsberg, anlässlich von Verhandlungen mit unserer Organisation bereits die Erklärung abgeben, daß er durch die Reichsarbeitsverwaltung die telegraphische Nachricht erhalten habe, Ostpreußen werde von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung ausgenommen. Auf Grund dieser Mitteilung hat der Ostpreussische Arbeitgeberverband den staatlichen Schlichtungsausschuß in Königsberg zur Entscheidung dieser Frage angesetzt. In dieser Sitzung erklärte Herr Doktor Schreiber (Königsberg) in Gegenwart des Unterzeichneten abermals, daß er bereits am 26. Mai im Besitz einer telegraphischen Erklärung der Reichsarbeitsverwaltung gewesen sei, wonach in einigen Tagen die Formulierung der Entscheidung erfolgen werde und die die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung für Ostpreußen vorsehe. In derselben Sitzung war Herr Schreiber auch bereits in der Lage, die Entscheidung des Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung abschließend vorzulegen, während die Gewerkschaften bis dahin in keiner Weise eine Nachricht über das Schicksal der Allgemeinverbindlichkeitserklärung erhalten hatten. Wir müssen vielmehr konstatieren, daß aus dieser Entscheidung des Herrn Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung erst heute, am 12. Juni 1925, vormittags 8 Uhr, mit der Post erreicht hat. Auch diese Tatsache einer derartig verzögerten Zustellung an die Gewerkschaften und die überaus prompte Benachrichtigung an die Arbeitgeberorganisation muß von Gewerkschaftsseite als eine Unfreundlichkeit empfunden werden.

Unter solchen Verhältnissen blieb den am ostpreussischen Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften kein anderer Weg übrig, als am 19. Juli 1927 mit dem Ostpreussischen Arbeitgeberverband für Handel und Gewerbe einen Sondertarif abzuschließen, der in seinem Wortlaut genau dem Gesamtarbeitsvertrag der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie vom 12. Juli 1927 entspricht. Trotzdem also beide Tarifverträge gleichlautend sind, lehnte der Reichsarbeitsminister durch seine Entscheidung vom 22. Dezember 1927 den Antrag der Gewerkschaften auf Einbeziehung von Ostpreußen in die Allgemeinverbindlichkeitserklärung vom 1. Februar 1928 ab und nahm die Provinz Ostpreußen von der Allgemeinverbindlichkeit aus. G. Stähler.

Betriebe und Arbeitnehmer in der internationalen Papiererzeugungsindustrie.

Table with 3 columns: Staaten, Zahl der Betriebe, Zahl der Beschäftigten. Rows include USA, Belgien, Brasilien, Dänisch-Norwegen.

Table with 3 columns: Staaten, Zahl der Betriebe, Zahl der Beschäftigten. Rows include Bulgarien, Kanada, China, Chile, Dänemark, Deutschland, England, Griechenland, Holland, Japan, Italien, Lettland, Litauen, Mexiko, Norwegen, Österreich, Polen, Rußland, Schweden, Tschechoslowakei, Ungarn.

Die Zusammenstellung, die zum größten Teil Einzelmeldungen in der Fachpresse entnommen wurde, kann auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben. Von den wichtigsten Staaten mit Papiererzeugungsindustrie fehlen die Angaben, besonders für Finnland, Norwegen, Frankreich und die Schweiz. Die genannten Einzelmeldungen ergaben, daß in Indien 13, in Jugoslawien 6, in Norwegen 140, in der Schweiz 18, in Ägypten 3, in Brasilien 18 und in Rumänien 7 Betriebe der Papiererzeugungsindustrie vorhanden sind; leider fehlen Angaben über die Zahl der in diesen Betrieben und Ländern Beschäftigten. G. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Zuckererzeugung 1929/30.

Der trockene Sommer im abgelaufenen Jahre ließ allgemein die Befürchtungen zu, daß die deutsche Zuckerrindustrie bei ihrer Rübenverarbeitung und bei der Zuckererzeugung bedeutend zurückgehen würde, zumal bereits im Frühjahr durch Umfrage beim Rübenanbau ein kleiner Rückgang gegenüber dem Vorjahre festgestellt wurde. Die Umfrage, die der Verein der deutschen Zuckerrindustrie im Oktober vornahm, bestätigte diese Annahme nicht nur, sondern sie ließ auch die Befürchtung zu, daß auf der angebauten Fläche noch weniger Rüben pro Hektar geerntet würden als im Vorjahre. Aber schon die November-Umfrage ergab ein wesentlich anderes Bild. Die nunmehr vorliegende Januar-Umfrage zeigt, daß wohl in einigen Bezirken ein kleiner Rückgang bei der Rübenverarbeitung und auch bei der Zuckererzeugung zu verzeichnen war. Dafür sind aber die Ergebnisse anderer Bezirke um so stärker gestiegen. Das trockene Wetter im Sommer brachte in verschiedenen Gegenden keinen guten Rübenwuchs, aber einen guten Zuckergehalt. Die Regenfälle im Herbst haben nun bei dem Wuchs zum Teil nachgeholt, was der Sommer veräußert hat, und so ist das Gesamtergebnis wider alles Erwarten eine Steigerung der Zuckererzeugung gegenüber dem Vorjahre. Vergleichen wir die Rübenverarbeitung und die Zuckererzeugung in den letzten zwei Berichtsjahren und in den einzelnen Bezirken, so ergibt sich folgendes:

Table with 6 columns: Landestelle, Rübenverarbeitung 1928/29 | 1929/30 in 1000 dz, Zunahme in %, Zuckererzeugung 1928/29 | 1929/30 in 1000 dz, Zunahme in %. Rows include Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Provinz Sachsen und Thüringen, Hannover-Holstein, Westf. u. Hessen, Rheinland, Süddeutschland, Freistaat Sachsen, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt.

Die Bezirke Schlesien, Süddeutschland und Freistaat Sachsen haben eine starke Zunahme bei der Rübenverarbeitung und eine noch stärkere Zunahme bei der Zuckererzeugung zu verzeichnen. In den Gebieten der Provinz Sachsen und in Thüringen ist eine geringe Abnahme bei der Rübenverarbeitung, dagegen eine mäßige Steigerung bei der Zuckererzeugung vorhanden. Das gleiche trifft für Pommern zu. Die Gebiete Brandenburg, Hannover, Braunschweig und Anhalt haben bei beiden eine Abnahme, Hessen-Nassau und Mecklenburg bei der Rübenverarbeitung eine Zunahme und bei der Zuckererzeugung eine Abnahme.

Die Anbaufläche für Rüben war im letzten Jahre 0,64 Prozent niedriger als im Vorjahre. Die Rübenverarbeitung aber ist 3,93 Prozent und die Zuckererzeugung sogar 4,93 Prozent höher. Das braucht nun nicht unbedingt die Folge einer höheren Ernte zu sein. Es liegt auch die Möglichkeit vor, daß die Rüben in diesem Jahre mehr für die Zuckererzeugung erfaßt wurden als im Vorjahre. Was allein kann aber diese Steigerung nicht bringen. Das feuchte Wetter im Herbst und der gute Zuckergehalt der Rüben dürften demnach erheblich zu dieser Mehrerzeugung beigetragen haben. Wir leiden, wie im „Proletarier“ wiederholt ausgeführt worden ist, gegenwärtig an einer Überfüllung des Zuckermarktes. Vielleicht wäre der Zuckerrindustrie eine Minderproduktion hinsichtlich der Überfüllung des Marktes gar nicht so unangenehm gewesen. Wäre doch der Überschuf auf dem Weltmarkt durch eine Mindererzeugung und durch einen Mehrverbrauch stark reduziert worden. Jedoch die Minderproduktion ist in der deutschen Zuckerrindustrie nicht eingetreten, und in anderen Ländern mit Rübenzuckerindustrie liegt es ähnlich.

Nach den früheren Umfragen sollte die Rübenzuckererzeugung auch in den anderen Ländern gegenüber dem Vorjahre zurückgehen. Nach dem jetzt vorliegenden Umfrageergebnis wird auch hier mit einer Steigerung gerechnet. In einigen Ländern soll es bei dem Rückgang bleiben. Andere Länder rechnen aber mit einer um so größeren Steigerung. Im Durchschnitt wird in allen Ländern, die Rübenzucker erzeugen, mit einer Mehrproduktion von 3,41 Prozent gerechnet. Für die Rohzuckererzeugung soll es auch nach den neuesten Schätzungen bei einer Minderproduktion bleiben, so daß auf dem Weltzuckermarkt für das laufende Jahr ungefähr mit

den gleichen Zuckermengen wie im Vorjahre gerechnet werden kann. Bei einer starken Verbrauchssteigerung könnte mithin eine Verminderung der Restbestände eintreten.

Die Erhebung der deutschen Zuckerindustrie gibt aber auch sonst noch Veranlassung zu einigen Betrachtungen. Die Unternehmer klagten in den letzten Jahren sehr darüber, daß die Kampagne jetzt viel kürzer sei als in der Vorkriegszeit. Nach der Umfrage des Vereins der deutschen Zuckerindustrie hatte die Kampagne in diesem Jahre in den verschiedensten Bezirken folgende Dauer:

Es arbeiteten im Durchschnitt der Bezirke:

Rheinland	74 Tage
Süddeutschland	68 Tage
Schlesien	67 Tage
Westfalen und Hessen-Nassau	64 Tage
Ostpreußen	63 Tage
Brandenburg	61 Tage
Pommern	60 Tage
Provinz Sachsen und Thüringen	60 Tage
Freistaat Sachsen	58 Tage
Hannover und Holstein	57 Tage
Braunschweig	53 Tage
Mecklenburg	51 Tage
Anhalt	46 Tage

Legen wir hier den Maßstab der Vorkriegszeit an, dann dauert die Kampagne im letzten Jahre in manchen Bezirken und Bezirken kaum halb so lange wie früher. Selbst jene Bezirke, die am besten abschneiden, haben heute nur eine Kampagne, die zwei Drittel der Dauer erreicht wie in der Vorkriegszeit. Es gibt Betriebe, die in den letzten Jahren nur sieben bis acht Wochen Rüben verarbeitet haben, während die Kampagne früher mindestens ein Vierteljahr, manchmal auch vier Monate und darüber, dauerte. Vor Weihnachten wurde in der Vorkriegszeit kaum Schluß gemacht; meist ging es bis Mitte oder Ende Januar. In der letzten Kampagne beendeten drei Fabriken vor dem 15. November ihre Kampagne, zwölf vor dem 23. November, 29 vor dem 30. November und 69 vor dem 7. Dezember. Bis zum 9. Januar hatten 237 Betriebe von 238 arbeitenden Betrieben ihre Kampagne beendet. Das sind sehr kurze Betriebszeiten. Untersuchen wir aber nun, ob diese kurze Betriebszeit auf eine Minderverarbeitung an Rüben zurückzuführen ist, dann trifft das im Gesamtdurchschnitt des Reiches nicht zu.

Rechnen wir die gesamte verarbeitete Rübenmenge von 119,4 Millionen Doppelzentner auf die 238 arbeitenden Zuckerfabriken in der letzten Kampagne um, dann kommen auf den Betrieb im Durchschnitt 501 715 Doppelzentner. Im Jahre 1913/14 wurden insgesamt im Deutschen Reich 169,4 Millionen Doppelzentner Rüben von 341 Zuckerfabriken verarbeitet. Das macht pro Betrieb im Durchschnitt 498 773,5 Doppelzentner. Die Zuckerindustrie verarbeitete also in der letzten Kampagne pro Betrieb im Durchschnitt mehr Rüben als 1913/14. Richtig ist, daß der Gesamtanbau und die gesamte Zuckererzeugung in Deutschland noch stark hinter der Zuckererzeugung von 1913/14 zurücksteht. Größere Rübenanbaubetriebe und Zuckerfabriken sind vom Deutschen Reich abgetrennt, das muß dabei berücksichtigt werden. Weiter sind Dutzende von Betrieben stillgelegt; im letzten Sommer allein wieder zehn Betriebe. Die arbeitenden Betriebe aber verarbeiten jetzt im Durchschnitt pro Betrieb mehr Rüben als in der Vorkriegszeit.

Die kurze Kampagnezeit ist also nicht auf Mangel an Rohstoffen zurückzuführen, sondern sie ist eine Folge der technischen und organisatorischen Verbesserungen in den Betrieben. Rechnen wir auf Grund der Feststellung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie aus den verschiedenen Bezirken den Reichsdurchschnitt aus, dann beträgt die Kampagne im Durchschnitt 60,15 Tage. Das sind, wenn wir die Sonntage abziehen, an denen zum Teil auch gearbeitet wird, etwas über zwei Monate. Eine so kurze Kampagnedauer konnte man früher nicht. Aber die Betriebe, die heute noch arbeiten, bemühen sich im Durchschnitt die gleichen, zum Teil noch höhere Rohstoffmengen bei der Verarbeitung in rund zwei Monaten wie früher in dreieinhalb Monaten.

Wenn also von den Zuckerindustriellen ständig auf die kurze Dauer der Kampagne verwiesen wird, dann wirkt sich diese durchaus nicht zum Nachteil, sondern eher zum Vorteil der Industrie aus. Ein Betrieb, der in der stillen Zeit 25 bis 30 Mann beschäftigt, zählt während der Hauptbetriebszeit 250 bis 300 Mann und noch mehr. Die Hauptausgaben für Löhne usw. fallen also in die Kampagne. Wird diese nun um ein Drittel oder um beinahe die Hälfte verkürzt, dann wirkt sich das in der Lohnsumme sehr zugunsten des Betriebes aus. Für die Arbeiterschaft, namentlich aber für die Kampagnearbeiter, sehen die Dinge anders aus.

In der Vorkriegszeit arbeiteten 341 Zuckerfabriken. Davon ging ein Teil bei Kriegsende verloren. Dutzende von Betrieben wurden stillgelegt. Diese Arbeitsstätten sind verlorengegangen. In den noch arbeitenden Betrieben dauert die Kampagnezeit jetzt beinahe nur halb so lange wie früher. Das bringt namentlich für die Wander-Kampagnearbeiter bedeutend weniger Einnahmen. Mit alledem muß sich die Arbeiterschaft abfinden.

Sollte die Zuckerindustrie in ihrem heutigen Umfang und nach ihrem heutigen technischen Stande eine solche lange Kampagnezeit haben wie früher, dann würde in den heute noch bestehenden Betrieben so ziemlich das Doppelte an Zucker erzeugt werden können als in der letzten Kampagne erzeugt worden ist. Die Produktion in der zur Reife gehenden Kampagne soll rund 19,5 Millionen Doppelzentner betragen. Im Jahre 1913/14 betrug die Zuckererzeugung in Deutschland rund 27 Millionen Doppelzentner. Bei voller Ausnutzung der heute noch bestehenden Betriebe würden wir bei gleicher Kampagnedauer wie früher mit der Zuckererzeugung weit über die 27 Millionen Doppelzentner hinauskommen. Da wir aber schon heute auf dem Weltmarkt ein Überangebot haben, ist damit in den nächsten Jahren nicht zu rechnen.

Wenn heute auch im Reichsdurchschnitt pro Betrieb mehr Rüben verarbeitet werden als früher, so gibt es doch noch bedeutend weniger verarbeitete als 1913/14. Dafür sind andere Betriebe wiederum bei ihrer Rübenverarbeitung weit über das Jahr 1913/14 hinaus; sie haben ihre Rohstoffbasis be-

deutend erweitert. Sie haben in erster Linie die Rüben der stillgelegten Betriebe an sich gezogen und haben auch anderen Betrieben noch ihre Rohstoffbasis entzogen. Je nachdem, wie die Lage der Betriebe ist, ob die Betriebsleitung organisatorisch und technisch auf der Höhe ist usw., ist der Betrieb jetzt bei der Rübenverarbeitung weit über die Vorkriegszeit hinaus, oder er sinkt bei der Verarbeitungsmenge immer mehr herab, und zwar so weit, bis das Arbeiten nicht mehr lohnt, und dann erfolgt die Stilllegung. Unsere Kollegen in der Zuckerindustrie müssen damit rechnen, daß auch in den nächsten Jahren noch weitere Stilllegungen erfolgen. Das werden sie bei dem Gang der Dinge nicht verhindern können. Daß aber die in den Betrieben verbleibenden Arbeiter und Arbeiterinnen trotz all dieser widrigen Umstände eine einigermaßen menschenwürdige Existenz führen können, dafür kann die Organisation und mit ihr auch die Arbeiterschaft der Zuckerindustrie sorgen, indem sie alle Zuckerarbeiter dem Verband der Fabrikarbeiter zuführt. E. Senkfeld.

Die wahre Gestalt des Youngplans.

Im Wesen der Reparation liegt es wohl, daß es auf den Reparationskonferenzen „Krisen“, „tote Punkte“ oder gar „schwarze Freitage“ gibt. Um was es sich bei den „aufregenden Szenen“ eigentlich handelt, versteht der größte Teil der Leser nicht. Ist auch nebenbei. Für die tägliche Reportage gibt es Abwechslung des „Stoffs“.

Grundsätzliche Fragen, wie etwa die, ob das deutsche Volk unter der Last der ewigen Reparationen nicht einmal zum Zusammenbrechen muß, kommen im Haag freilich nicht zur Sprache. Sie sind „geschäftsordnungswidrig“. Dafür gibt es das interessante, wenn auch französische Wort „Sanktionen“, das für die verschiedensten Zwecke zur Anwendung kommen kann. Auch die Frage, ob man vom Standpunkt der Gerechtigkeit vom deutschen Volke verlangen kann, während zweier Generationen Reparationen zu zahlen, bespricht man im Haag nicht. Und doch, was verbirgt sich eigentlich hinter dem Problem der Sanktionen? Doch nichts anderes als die Furcht, Deutschland könnte einmal zahlungsunfähig oder gar bodenlos werden. Interessant ist das Gedächtnis der französischen nationalistischen Presse, die trotz des Youngplans an den Artikeln des Friedensvertrages festhalten möchte, die durch Dawesgutachten, Youngplan und Locarno-pakt einfach überholt sind. Vor allem wurde durch letzteren der berühmte Artikel 430 des Friedensvertrages illusorisch. Nach diesem soll die Reparationskommission in Aktion treten, falls Deutschland mit seinen Zahlungen in Verzug gerät. Auf Grund des Youngplans verschwindet jedoch die Reparationskommission, so daß dem Artikel 430 der Boden unter den Füßen weggezogen wurde. Auch brachte der Locarnopakt in Wirklichkeit eine Revision des Friedensvertrages. In diesen Erwägungen erkennt man die Unsinngkeit unserer deutschen Nationalisten, die mit ihrer Agitation einfach offene Türen einrennen und die in den letzten zehn Jahren gemachten Fortschritte in der Richtung der Weltbefriedung nicht merken. Schrieb doch auch dieser Tage der englische „Manchester Guardian“ bei Besprechung des Themas „Sanktionen“, die Berufung auf die Artikel des Friedensvertrages sei hinfällig:

„Diese Artikel“, betont er, „sind vollständig tot, und je eher darüber Klarheit herrscht, desto besser.“

Nach den bestehenden Verträgen ist die deutsche Reparations-schuld eine internationale Schuld, die denselben Gesetzen unterliegt wie jede andere internationale Schuld.

Freilich, einstmals wird die Zeit kommen, wo die mit der Reparation zusammenhängenden Probleme grundsätzlich behandelt werden müssen. Selbst im früheren Feindesland glaubt kein vernünftiger Mensch daran, daß unsere Kinder-kinder bis zum Jahre 1990 Tribute zahlen werden für den verlorengegangenen Krieg von 1918!

W. L. Layton, Herausgeber der berühmten englischen Zeitschrift „The Economist“, schrieb am 3. August v. J.:

„Offen gestanden ist es sehr fraglich, ob man Deutschland zwingen kann, die im Youngplan aufgestellten Reparations-zahlungen durch zwei Generationen zu leisten; wie wir aber durch unsere graphischen Zeichnungen veranschaulichten, liegt die Lösung des ganzen Problems gar nicht in Europa, sondern in Amerika.“

Zu genau denselben Schlussfolgerungen kam auch kürzlich der bekannte belgische Genosse Emile Vandervelde, der in einem Interview dem Berichterstatter des „Kasseler Volks-blatts“ erklärte:

„Damit der Youngplan nicht das letzte Wort in der Reparationsfrage sei, müsse man erreichen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihr letztes Wort in der Reparationsfrage noch sprechen...“, und weiter „An dem Tage, wo die Vereinigten Staaten von Amerika, sei es die Annullierung der Schulden oder wenigstens eine Verminderung der alliierten Reparationen zuließen, könnte der Youngplan revidiert werden.“

Zum besseren Verständnis der ganzen Sachlage dient es, wenn wir uns noch einmal die Geschichte der Reparationsfrage vor Augen führen: England sah sich in den Jahren 1917/1918 gezwungen, zur Fortführung des Krieges große Anleihen in Amerika aufzunehmen zur Bezahlung der dort bezogenen Waren in Form von Munition, Getreide, Baumwolle und anderem Kriegsmaterial. Frankreich, Italien und andere kriegsführende Länder wiederum borgten von England Geld, um damit gleichfalls in Amerika und England kaufen zu können. Amerika trat aber als gerissener Geschäftsmann auf, der sich sagte, „wir borgen nur an solbende Kunden, und das ist England“, und England versorgte dann seine Alliierten.

Auf Friedensvertrag nahm nun Deutschland tatsächlich alle Schuld auf sich, und hieraus erklärt sich das Recht auf Reparation. Grober Unfug ist es aber, glauben machen zu wollen, die Kriegsschuldfrage brauche bloß auf dem Buch der Geschichte gerissen zu werden, um alle Forderungen illusorisch zu machen. Die Leute, die so reden, vergessen, daß noch das alte militärische Deutschland in seinen Not an Präsident Wilson die Pflicht der Wiedergutmachung anerkannte. Schon zu Beginn des Krieges hatte doch Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg für das Reich die Pflicht übernommen, „das Belgien angetane Unrecht wiedergutzumachen“. Freilich verschweigen

die Leute um Hugenberg die übernommenen Verpflichtungen. Man treibt eine verbrecherische Bauernfängererei.

Beim Streit über Recht oder Unrecht der Reparation wird nur zu gern vergessen, daß der Friedensvertrag, wenn auch nicht im Sinne des Wortes, so doch tatsächlich revidiert wurde. Die ursprünglich auf Grund des Vertrages geforderten Summen mußten im Interesse des geordneten Welthandels bedeutend heruntergesetzt werden. Eine Vernichtung Deutschlands wäre einem Weltuntergang gleichgekommen. Deutschland bildet eben ein bedeutsames Glied in der europäischen Kette; eine Zerreißen des Gliedes wäre gleichbedeutend mit der Zerreißen der ganzen Kette. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, wurden die Modifikationen in erster Linie nicht im Interesse Deutschlands vorgenommen, aber, so schreibt W. L. Layton:

„Die ursprünglich geforderten Summen mußten heruntergesetzt werden, da sonst nicht nur Deutschland, sondern der gesamte Weltmarkt aus dem Gleichgewicht gezogen worden wäre.“

Wie man sieht, waren die Konstrukteure des Friedensvertrages nicht nur volkswirtschaftliche Stümper, sondern obendrein auch noch schlechte Rechner. Auch das hat man draußen in der Welt längst anerkannt. Nicht zuletzt in England, wo die Reparationszahlung im Laufe der Zeit allerlei Schwierigkeiten bereitete, was die Gewerkschaftsführer wiederholt zum Ausdruck brachten.

Wichtiger ist freilich die deutsche Reparationszahlung im Lichte der Weltgestaltung nach dem Kriege. Der Krieg an sich ist eben ein scheußlich schlechtes Geschäft. Das beweist die kolossale europäische Kriegsschuld. Der deutsche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Heinrich Ströbel stellt folgende Bilanz auf:

„Wenn wir die deutsche Reparations-schuld des Youngplans mit 50 Milliarden Mark Gegenwartswert als Kriegsschuld ansehen (gewöhnlich rechnet man nur, mit 36 bis 40 Milliarden) so beträgt die Schuldenbelastung:			
	innere Schuld	äußere Schuld	insgesamt
	in Milliarden Mark		
Deutschlands	10	50	60
Englands	128	22	150
Frankreichs	45	30	75
Italiens	17	14	31

Freilich haben England und Frankreich große Forderungen an die anderen Ententeländer. Trotzdem soll nicht verkannt werden, daß zunächst immer die deutsche Reparation das führende Rad in den europäischen Verwicklungen ist. Deutschland ist nur dann zahlungsfähig, wenn es seine Waren im Auslande anbringen kann. Durch die Reparationen wird es in verschärftem Maße zum Konkurrenzkampf mit dem Auslande gezwungen. In diesem Kampfe hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Aufgabe, auf einen auskömmlichen Lohn zu achten. Die Erfüllungspolitik darf unter keinen Umständen auf den Schultern der deutschen Arbeiter ausgetragen werden. Um das in vollem Maße erreichen zu können, bedarf die deutsche Gewerkschaftsbewegung der tätigen Unterstützung der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Diese wieder ist im Interesse des Selbsterhaltungstriebes zu dieser Hilfeleistung verpflichtet. Denn würden schließlich die deutschen Arbeiter gezwungen, im Interesse der Reparationen bei verringertem Lebensstandard Waren für das Ausland zu verfertigen, so wäre die unvermeidliche Folge ein verringerter Lebensstandard für die Arbeiter aller anderen Länder. Aus dieser Sachlage ergibt sich die weltpolitische Verwicklung des Reparationsproblems. Sehr mit Recht beschloß deshalb auch die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung vom 24. und 25. September 1929:

„Da niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen oft zu unlauterem Wettbewerb und andererseits zur Absperrung von Märkten führen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund die Aufstellung internationaler Mindestbedingungen für die Arbeitsverhältnisse durch Entwicklung der Arbeitsschutzkonventionen, durch internationale Vereinbarungen über Arbeitszeit, Arbeitslosenversicherung usw., nicht nur aus sozialpolitischen Gründen, sondern auch als wirtschaftspolitisch dringliche Forderung. Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert deshalb die Ratifizierung, strikte Anwendung und Erweiterung der internationalen Arbeitskonventionen.“

In Wirklichkeit soll das Internationale Arbeitsamt als eine Art von Revisionskammer zum Friedensvertrag gelten. Im englischen sozialistischen „New Leader“ schrieb Sir Leo Chiozza Money, ein Volkswirtschaftler von Ruf, am 20. September v. J. in einem Artikel „Die klaren Tatsachen über die Reparation“:

„Soll Europa jemals zu der Einigung kommen, die im Interesse des Friedens sowie des wirtschaftlichen Fortschritts notwendig ist, dann dürfen die verantwortlichen Politiker aller Länder nichts unternehmen, was im Gegensatz zu dieser Einigung steht. Nicht die Rüstungen an sich führen letzten Endes zum Krieg, sondern das Mißtrauen, das der eigentliche Veranlasser zum Bau der Rüstungen ist. . . Die Arbeiterpartei tritt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden ein.“

Leider hat Philip Snowden als Finanzminister der Arbeiterregierung im Haag an diese Dinge nicht erinnert. Darum sagt Money auch in seinem nach der ersten Haager Konferenz geschriebenen Artikel:

„Ich habe die Hoffnung, es wird doch einmal ein Staatsmann den Mut finden, vor dem Forum des Völkerbundes dieses Thema ernsthaft anzuschneiden. Ein Appell dieser Art würde nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika sein Echo finden. Auch in Amerika gibt es Leute, die mit Abscheu an die Haltung ihres eigenen Landes denken.“

Der wahre Sachverhalt ist eben der: Zwei Drittel aller deutschen Reparationszahlungen laufen zwangsläufig in Form von Kriegsschulden nach Amerika. Amerika ist und bleibt der große Nutznießer der deutschen Reparation. In einem Sondermemorandum zum Pariser Sachverständigengutachten wurde deshalb auch hervorgehoben, „man werde die deutschen Verpflichtungen herabsetzen, wenn die Gläubiger von Amerika einen Schuldenerlaß erhalten“. Aus alledem geht hervor, wie kompliziert das Reparationsproblem ist, das mit den Kriegsschulden der Alliierten unzertrennlich zusammenhängt.

Sklavenaufstand.

Skizze von Willi Reindl.

Die zwei Pferde gingen müde und verdrossen wie alte Karrenpferde, die den ganzen Tag im schweren Zug gehen. Stumpfe Ergebenheit drückte ihre Köpfe, nichts lag ihnen ferner als Störigkeit, Mutwille oder gar Empörung, als der Schuymann sie verhaftete, weil sie ihren Weg ohne die Lenkung ihres Fuhrmanns genommen und fast ein Verkehrsunglück verursacht hätten. Der Schuymann nisterte sich den Namen des Besitzers, wie er aus einem Tafelchen ersichtlich war, das sich den ortspolizeilichen Vorschriften entsprechend an der Truhwand des Sandwagens befand, den die beiden Pferde zogen. Da er, in voller Uniform, die Zügel nicht auf selber in die Hand nehmen konnte, übernahm auf sein Ersuchen hin ein Mann aus der angesammelten Menge heraus die Leitung des Fuhrwerks, und nach kurzer und gesicherter Fahrt gelangte man so zum Anwesen des Besitzers, welcher entsetzte und ungläubige Augen machte und nach Anhören des Sachverhalts wütend über den verschwundenen Fuhrmann, der ein junger und nichtsnutziger Bursche sei, zu schimpfen und viele Vermutungen über dessen Verbleib auszusprechen begann.

Der Schuymann hörte eine Zeitlang mit unbeweglicher Miene zu, weil er gern die Zurückkunft des säumigen Diensthofens abgewartet hätte, um auf ihn mit der Schwere des Gesetzes wirken zu können, ging dann aber, nicht jedoch ohne zuvor dem Sandgrubenbesitzer nachdrücklich gesagt zu haben, daß der Fall selbstverständlich angezeigt sei und ein gerichtliches Nachspiel haben werde.

Nachdem der Besitzer die beiden Pferde — Liesel und Fanny hießen sie — mit Hilfe des Mannes, der sie mit dem Schuymann hergeführt hatte, untergebracht und seinen Helfer mit einem Trinkgeld entlohnt hatte, machte er sich voll grimmigen Zorns auf die Suche nach dem verlorenen Knecht und hatte die Absicht, denselben, wann und wo er ihn krähe, derb zu züchtigen. Aber er fand ihn nicht, weder auf dem Weg, den die Pferde heute wie sonst gewohnheitsmäßig zurückgelegt hatten, auch nicht auf der Baustelle, wohin der Bursche den ganzen Tag Sand gefahren hatte und die nun, nach Feierabend, schon von den Arbeitern verlassen war, ebensoviele in den Wirtschaften, von denen er wußte, daß seine Leute dort gern zu kurzer Rast anhielten, und die er mit aufgeregten Fragen nach dem Verbleib seines Knechts durchstürmte. So gelangte er vor die Stadt hinaus und stand schließlich ratlos an der Stelle, wo die breitere Straße sich zu jenem Feldweg verengte, der durch die Donauwiesen und — selber sich hinzieht und zu seiner Sandgrube fährt, deren es in der Nähe des Stromes genug gab.

Pfötzlich spante ein grimmiges Lachen das Gesicht des Herrn, weil er der Fantheit und Schläfrigkeit seines jungen Knechts gedachte und nun der Lösung des Rätsels sicher war. Gewiß hatte der Bursche vor dem Beladen der letzten Fuhrre sich in der Sandgrube einen schattigen Platz gesucht, war dort eingeschlafen und bis jetzt noch nicht erwacht. Der Zorn erschütterte ihn, als er daran dachte, wie er den Schläfer wecken werde. Der Feldweg führte ihn rasch hinaus in die Einsamkeit von Korn und Halm und Sommerwind und hinein in die mochnblumenumblaute Sandgrube, wo er seinen Knecht als Leichnam in einem entsetzlich verstümmelten Zustand fand. Selber bis auf den Tod erschrocken, rannte er blaß und zitternd in die Stadt zurück zur nächsten Polizeiwache, machte sich kochend nur schlecht verständlich und verzweifelnd, daß eine Kommission den Leichnam aufnehmen, die dann auch alsbald auf einem Hügel und blickenden Auto hinausfuhr und feststellte, daß dem Unglücklichen die Schädeldecke zertrümmert, ein Arm abgeschlagen, der Brustkorb eingedrückt und noch andere Wunden beigebracht worden waren, die, weil für die Annahme eines Mordes keine Gründe zu sprechen schienen, nur die eine Lösung aufkommen ließen, der Bursche sei durch einen unglücklichen Zufall unter die Hufe der Pferde und die Räder des Wagens gekommen und habe so ein martervolles Ende gefunden.

Und doch waren es zwar ungewöhnliche, aber ich möchte fast sagen, sehr heftige Mörder gemessen, deren Opfer der junge Pferdeknicht in der einsamen Sandgrube geworden war.

Er hätte nur noch diese letzte Jahre anzuladen und an der Baustelle abzuleeren gehabt, wie dann Feierabend machen zu können, und diese Arbeit wäre auch bald getan gewesen, wenn er sich nicht so unruhig über die Pferde gestört hätte. Diese waren nämlich, weil die Bremsen und Fliegen sie während quälten und in dicken schwarzen Trüben an ihren Weichen und Augenwinkeln hingen. Auch verlockten sie die wenigen Grasbüschel, die dünnhaarig aus dem Kiesboden sprossen, immer wieder zum Verlassen ihres Standortes, so daß der mit dem Aufblenden beginnende Knecht sie einige Male heftig am Zügel zurückzuziehen mußte. Er war jedesmal aufgebracht über die lächerliche und unvernünftige Eier der Tiere, deren großen Büschen diese nutzlosen Grashalme einverleiben zu wollen, und hatte deswegen ein paar Maatkörbe bereit, welche die Freßlust der Tiere hindern sollten. Aber heute hatte er die selben in der Eile vergessen. Er hatte nämlich die Mühseligkeiten nach dem ersten Füttern über die erlaubte Zeit hinaus im Stroh verschlafen und dadurch auch vergessen, den Tieren das weiße Heu aus der Kasse zu stellen, so daß diese mit größerem Appetit als sonst das Gras rupften und ersichtlich einer kleinen Grasnieme züfrachten, die keine zehn Schritte vor ihnen wie eine Dose im Wägenstand ludete. Und als er gerade die Kette anzog, welche die Truhwand des Wagens zusammenhielt, rissen die Säule abermals an den Stützen, und das Hinterrad rollte ihm über die Felle.

Aufschreiend vor Zorn und als ob die Regung der Pferde eine abschließende Herrschaft angelegte Bosheit gewesen wäre, tiff er den Prügel, den er zum Anziehen der Kette benutzen wollte, aus seiner eisernen Umhüllung heraus. Er rannte vor die Gänge, trieb sie mit wilden Gebärden rückwärts und verfolgte der erschreckt hochgehenden Fuhrre damit einen harten Schlag über den Kopf. Als er sah, daß diese nun zum Sandgruben zurückkehrten, bekam Liesel, die Hapskake, hinter seinem Rücken ein häßliches Gesicht. Ihr alter verdorrter Kopf wackelte sich in eine boshaft schwarze Kränze, in ihren Augen bligte eine feindselig entblöhte Messerspiße, sie schüttelte die Lippen zu — und ihre gelben gebückten Zähne erwiderten unter dem — Sämel auch etwas Feinds.

Der Bursche, tödlich erschrocken, blieb, zitternd vor Weh, stand in Ru wieder vor den Köpfen der Pferde. Rachedurst überbewogte sein Gesicht mit maßloser Drohung, als er mit erhobenen Prügel zu überlegen schien, wie er die Tiere am härtesten und gefahrlichsten züchtigen könne. Aber auch in den Tieren war etwas nach geworden. Vielleicht war es der Zeitpunkt aller wilder Eifer, die ihre Föhler hinter sich drängen und den Woff mit der Vorderhand erwarten, vielleicht handelte es sich um die gewedete laufende Empörung der gestrauten Felle überhaupt. Jedenfalls fiel es dem Burschen auf, daß sich die Halsen der Pferde ungewöhnlich veränderten. Sie klangen so, daß — Vorder- und Hinterfüße nicht mehr untereinander, sondern fast beherrschten und dadurch die knöchigen Pferdenbeine geknickt waren wie gekippte Bögen, deren am vorderen Ende die von den ungepflegten Wägen mit ungeheurer Kraft mit heftig bläulenden Näpfen hingen. Dem Burschen dieser häßlichen Vergrößerung Leiber überhörte den Burschen die Wirkung einer Felle und eine ganze Angst, er sah, daß die Tiere leibliche Feinde waren, und schüttelte sich gezwungen, blindlings zurückzuziehen. Sofort ließen die zwei geknickten Säule, von einem Willen hochgerissen, auf die Weichen krachte und der Prügel prallte statt auf Pferdeköpfe an vier wirbelnden Hufen ab. Und noch bevor der Bursche sich gedreht, weggeschleudert wurde, warf sich Liesel mit ihrem schweren Körper vorwärts, tiff ihre Gesicht



und den Wagen mit vor und landete ihr Eisen mit einem dumpfen Krachen in dem verhassten Gesicht, von welchem all das peinigende Geschrei, all die maßlosen Drohungen und Demütigungen, all der unverständliche Zorn und Schrecken ausgegangen waren. Ein zweiter gezielter Schlag zerbrach dieses Gesicht in rote Fleischwülste und warf den Leib quer vor die Hufe der aufgeregten stampfenden Fanny, die ihm den Brustkorb zertrat. Ein häßliches Wischern, ein häßlicher Tauschlaut schmetterte durch die Sandgrube und über ihre Ränder hinweg in die Acher, daß dort eine Kette Rebhühner erschreckt aufspitzte und knarrend in niedere Fernen abstrich.

Die Aufregung der Pferde war schon wieder in das Unterbewußtsein der Kreatur hineingesunken, als die beiden Mörder nach kaum einer Minute mit peinlicher Sorgfalt über den Leichnam hinwegzogen, da alte und lang im Zug gegangene Pferde niemals absichtlich auf einen am Boden liegenden Menschen treten, mag er nun tot oder lebendig sein. Sie zogen den Wagen nach der Grasinsel, die sie Maul an Maul abrupften, sich auch mit den dürftigen Schweifen fleißig die Schenkel schlugen, Fliegen und die Zoffeln der Wägen aus den Augen schüttelten und wohlly ins Gras schnaubten.

Da sich weiterhin nur noch Ries und Unrastbarkeit zeigten, standen sie mit halb geschlossenen Augen, ganz schläfrige Geduld, warteten eine Zeitlang, daß der Knecht käme und sie weiterführe, und weil sich nichts mehr ereignete, übernahm Liesel als Leitgänger die Führung, Fanny folgte gehorlich wie immer; sie fuhren eine schöne Schleife durch den weichen Sand, verließen die Sandgrube und wären, wenn sich das alles nicht heute (in der Zeit der Autos und elektrischen Straßenbahn), sondern vor zwanzig Jahren ereignet hätte, sicherlich heimgekommen, ohne verhaftet zu werden.

Der Brief an den Kaiser.

Wir veröffentlichen heute einen interessanten Abschnitt aus dem in Kürze im „Bühnenkreis“ erscheinenden Roman „Vorher — Hernach“ von Erich Herrmann.

Der Alte hielt inne und sah bei gebeugtem Kopfe von unten her auf Andreas. Doch der hatte nicht mehr hingehört.

„Dann gib schon her!“ sagte Andreas entschlossen, „Wenn es nicht nützt, schaden kann es nicht.“

Jaichu Gonschorecky atmete auf, brachte aus der Allerweltstasche seines Pelzes die Tintenflasche, einen Federhalter und ein paar Federn zum Vorschein. Dann rückte er den weißgeheueren Schmel, den er mit nach der Wiese gebracht hatte, heran, rollte den gelben Bogen aus dem Packpapier und bestellte: „Nun sang aber bald an und gib dir rechte Mühe! Mach keinen Klecks und keinen Fettsack, sonst kriegen wir den Brief wieder zurück.“

Andreas legte sich an den Schmel und machte sich fertig.

„Und?“ fragte er.

„Sprich lieber erst einmal die Feder aus, Andreas, ich hiff dich! So ein Tintenkleck läuft ganz unversehens aus der spitzen Feder. Man weiß nie, woher er kommt. Auf einmal ist er da. Fang auch lieber mit dem Kuvert an.“

„Wie?“

„Schreib: An den mächtigen Kaiser von Deutschland...“

Rein... „Zum Grafen muß man auch gnädiger Herr sagen...“

Schreib lieber: An den g... digen Herrn Kaiser von Deutschland...“

Man muß... „... Namen wenigstens dazu schreiben.“

Jaichu Gonschorecky kratzte sich auf dem Kopf und stotterte kläglich: „Ich hab es immer gemüht, wir bringen den Brief nicht zusammen. Wie soll man den Namen wissen?“

„Wilhelm der Zweite. Das mußt du doch wissen!“

„Weißt du das bestimmt, Andreas?“

„Lehrer Erich Seeliger hat es doch gesagt.“

„Wenn wir an den falschen Kaiser schreiben, wird der ungewollt und schreibt uns, daß ihn Worowo gar nichts angeht, wenn er uns nicht sogar eins mit der Peitsche über den Nacken brennt, wie es in der vergangenen Woche der Graf mit dem Arbeiter Valentin gemacht hat.“

„Es ist schon richtig. Wilhelm der Zweite!“

„Schreib lieber: An den sehr gnädigen Herrn Kaiser Wilhelm...“

den Zweiten von Deutschland in Berlin. Mach die Zwei recht groß, daß keine Verwechslung vorkommt... Um Gotteswillen!... Du machst ja bloß zwei dicke Striche. Die Zwei hat doch einen Kinnel und einen Schwanz.“

„Das wird so geschrieben.“

Jaichu nahm erschreckt die Pudelmaße von dem krüppigen Haar und kratzte sich lange. Dann schämte er: „Wenn das bloß gut geht!“

„Beißer!“

„Nicht so schnell! Schwierige Sachen müssen lange überlegt werden. Einen Brief an den Kaiser kann man nicht so rasch ans dem Armel schütteln.“

„Du hast doch viele Jahre darüber nachgedacht.“

Der Alte machte ein ganz klägliches Gesicht.

„Ich hab mir das nicht so schwer gedacht, gestand er ein.“

„Sich, Andreas, ein Haus wird auch nicht auf einmal neu eingedeckt. Man sieht jedes Jahr ein Stück. Wollen wir nicht heute ansetzen und morgen ein paar Sätze weiter schreiben? Man soll eine Sache weder überreiben noch überstürzen.“

„Jetzt bin ich am Schreiben und bring den Brief zu Ende.“

„Du hast immer gesagt, es sei die höchste Zeit, um Worowo zu helfen.“

„Weau's kein muß...“

Schreib: Lieber würdiger und gerechter Kaiser!...“

„Weißt du sowei?“

„Nun weiter: Zwei arme Worowier, ein alter und ein junger...“

„Mach bloß keinen Klecks!“

„Ich hiff eine richtige Angst aus, Andreas! Die Feder ist ja spiff!“

„Mach auch ein Komma und einen Punkt hinein. Lieber einen zwiefel als einen zu wenig. Er denkt sonst wir gehören schon zu den Polacken, und dabei wohnen wir bloß an der Grenze...“

„... ein alter und ein junger...“

„Beißer!“

„Sich auf der Wiese beim Gänsehäuten und wissen sich keinen Rat mehr über Worowo...“

Schreib Worowo ganz groß und mach einen Strich darunter! Worowo ist das Allerwichtigste...“

„Und?“

„Denn es werden immer mehr Menschen und immer weniger Land...“

Du, Andreas, wir müssen erst einmal zählen, wieviel Menschen in Worowo sind. Es ist besser, wir machen alles ganz genau. Wir können ja die noch mitrechnen, die bis Michael geboren werden...“

„Wart mall...“

„Jaichu rechnete an den Fingern. In Gedanken ging er die Dorfstraße entlang und zählte die Anwesenden und die Gänsehänger jedes Hauses zusammen. Endlich kam er zu Rande.“

„Es sind einhundertachtundfünfzig! Kannst du so große Zahlen richtig schreiben?“

„Ja!“

„Dann schreib: In ganz jämmerlichen Hundehäuten wohnen im Winter einhundertachtundfünfzig Menschen aneinander, wo...“

Der gnädige Herr Graf unser Land krift...“

Es ist besser, wir schreiben „gnädiger Herr Graf“, denn wenn der Kaiser etwa dem Grafen den Brief zeigt...“

Wir wollen auch nicht schreiben, daß er unser Land gestohlen hat. Wir sagen lieber, daß er unser Land krift. Der Kaiser wird sich das Richtige schon denken können.“

„Soll das alles Einleitung sein?“

„Was?“

„Lehrer Seeliger sagt immer in der Schule, wir sollen die Einleitung nicht zu lang machen, sondern rasch zur Sache kommen.“

„Ist dir das Schreiben schon zuwie?“

„Reini!“

„Dann wisch lieber einmal die Feder an meinem Armel ab. Es muß schon allerhand dran sein...“

Wenn nur kein Klecks bis zum Schluß auf das schöne Papier kommt!...“

Schreib: Er krift das Land, was die Worowier Bauern einmal gehabt haben und das sie im Schweife ihres Angesichts umgepflegt und bestellt haben und auf dem jetzt wieder Wald wächst, weil der gnädige Herr Graf Wildschweine und Hirsche und Rehe zur Jagd braucht und...“

„Nicht so schnell, Jaichu!“

„Ich bin jetzt gerade im Zuge!...“

Du!... Von den Hasen und Karnickeln schreiben wir nichts. Die kann der Graf sich ruhig halten, denn die fangen wir schon weg. Wo sollen wir sonst unsern Sonntagsbraten herbekommen?...“

„Bist du soweit?“

„Ja!“

„Und die fressen uns die ganze Saat und die Kartoffeln auf und wir kriegen nichts dafür. Und die vielen Kinder müssen in die Fremde gehen, wo sie bloß schlecht werden und hochmütig, weil sie silberne Uhren auf zwölf Rubinen in der Westentasche tragen, und manche kommen nicht mehr wieder, denn was sollen sie in Worowo, wo es kein Land mehr gibt und der gnädige Herr Graf alle Jahre eine Wirtschaft nach der andern aufkauft und den Bauern wegnimmt.“

„Langamer!“

„Ich muß mir den Pelz auszulehen, so schwinde ich.“

gestand Jaichu, der sonst in der größten Sommerhitze auf der Wiese im Pelze lag. „Ich hätte nicht geglaubt, daß ein Brief an einen Kaiser so schwer ist. Schwitzt du noch nicht?“

Wenn der Graf wüßte, was wir über ihn schreiben!...“

Hebehebe!...“

„Aber wir dürfen uns nicht fürchten. Wir müssen alles dem Kaiser sagen!“

„Lauch bloß nicht zu tief in die Tinte, Andreas. So eine Tinte ist gefährlicher als der dickste Sumpf. Bist du erst mit einem Beine drin, dann kommst du nicht mehr heraus.“

„Sag weiter!“

„Sie müßten dem gnädigen Herrn Grafen das Land wieder wegnehmen und den Bauern geben, und zwar recht bald, sonst ist der letzte Worowier hier weggezogen und dann ist alles zu spät. Gerechtigkeit muß sein. Wenn Sie es nicht glauben, dann kommen Sie einmal zu Besuch...“

Du bist schon auf der neuen Seite?...“

Andreas, das wird eine feine Sache. Da wird der Kaiser Augen machen. Zwei Seiten!...“

„Nun kann's weitergehen!“

„Wenn Sie uns besuchen kommen, werden wir Ihnen alles zeigen, wo früher das Bauernland war und wo jetzt der Wald steht und wie uns die Bäume auf den Hals kommen. Sie können mit der Bahn fahren, wenn es auch einen großen Klecks Geld kostet...“

Dann muß man zu Fuß laufen. Aber Sie werden ja lieber reiten...“

Kommen Sie am besten im Winter, dann sind die Sachsgänger da. Die haben den Mund auf der rechten Stelle und die können was erzählen...“

„Bist du soweit?“

„Mein!“

„Ich glaube, jetzt ist es genug. Ob ich noch von mir schreibe, damit ich auch eine Wirtschaft kriegen, wenn er kommt?“

Andreas, das wird eine feine Sache werden. Daß auf, der Kaiser ist im Winter da. Ein Kaiser kann keine Ungerechtigkeit leiden. Wenn er dann sagt: Jaichu Gonschorecky, wo willst du dein Haus hinbauen und wieviel Morgen Land brauchst du noch?“

„Und ich sage dann: Lieber, guter, gerechter und gnädiger Kaiser, ich brauche bloß fünf Morgen und ein Häuslein mit einer Stube und einer Kammer, und er sagt, das sollst du haben...“

dann...“

Andreas...“

dann...“

„Er hielt inne. Seine Stimme erschickte ein unterdrücktes Schluchzen. Krampfhaft verjuchte er, durch Schlucken und Würgen der Erregung Herr zu werden...“

Es ging schwer genug. Inleht fuhr er mit dem rauhen Handrücken über die nassen Augen.

„Andreas, es ist doch schön, Kaiser zu sein. Er kann helfen, wenn die Ungerechtigkeit in der Welt ist und die armen Leute niemand haben, der ihnen hilft...“

„Was soll ich denn zum Schluß schreiben?“

„Viele demütige Grüße und auf Wiedersehen...“

Hast du?...“

Schreib!... Und zuletzt noch: Jaichu Gonschorecky aus Worowo!“

Humoristische Ecke.

W.-E. mit Orgelbegleitung.

Frau A. wünscht ihre Sommerfische in dem schönen Nischen Walde zuzubringen, mietet dort ein Zimmer und reiß befriedigt heim; zu Hause angekommen, fällt ihr ein, daß sie sich nicht überzeugt hat, ob auch Wasserlorett vorhanden ist. Sie schreibt nun an den betreffenden Dorfschulzen und bittet um Bescheid, dankt aber in zarter Weise in dem Schreiben das Wort „Wasser-Lolett“ nur mit den Buchstaben W.-E. an. Der Dorfschulze zerbricht sich vergeblich den Kopf darüber, was wohl mit dem W.-E. gemeint sein kann, und geht schließlich zum Pfarrerr, diesen um Aufklärung bittend. Nach langem Hin- und Herbewegen erklärt der Pfarrerr, daß mit dem W.-E. die kürzlich eingeweihte Wald-Capelle gemeint sein müsse, und so antwortete der Dorfschulze der Dame:
Sehr geehrte Frau!

W.-E. ist vorhanden, liegt eine Viertelstunde vom Ort entfernt, inmitten eines prächtigen Laubwaldes. Schon wegen der herrlichen Lage ist der Besuch zu empfehlen; geöffnet ist W.-E. Freitags und Sonntags. Es empfiehlt sich, schon eine Stunde vor Beginn dort zu sein, da der Andrang sehr groß ist, doch können gnädige Frau ganz außer Sorge sein, es sind 60 Sitzplätze vorhanden, und auch für Stehplätze ist reichlich Sorge getragen. Sonntags ist der Besuch ganz besonders zu empfehlen, da dann die Sache mit Orgelbegleitung vor sich geht.“

Apothekenbesitzer. Der Bursche hat den Auftrag seines Leitnants vergessen und verlangt: „Doppelpfen Sauerhohl mit Pfahl dran.“ Trotz der Verwechslung bekam er aber doch vom Provvisor das richtige mit höchster Mühe ausgehändigt.